

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft



BAUERNFÄNGEREI –
zwischen Demokratie und Demagogie

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-mail: office@viacampesina.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, Franziskus Forster,
Eva Schinnerl

Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner



Titelfoto: Franziskus Forster, Eva Geber, Eva Schinnerl

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großbeersdorf

Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria

(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und
Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix
(Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, David Jelinek, Florian Walter

Geschäftsleitung: Julianna Fehlinger

Sekretariat: Katherina Mergl

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE
ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via
Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und
Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern
und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will
über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lö-
sung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerin-
nen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und ande-
ren gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen
unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn aus-
gerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die
offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge ge-
ben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion
und der Herausgeber*innen wieder.

Einzelpreis: Euro 5,-

Jahresabonnement: INLAND Euro 28,-

AUSLAND Euro 32,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):
Euro 38,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in
einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,-,
Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC wei-
tergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält das Abonnement für
die BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via
Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

41. JAHRGANG (2018)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Womit Bauern zu fangen waren und sind, illustriert die Titelseite. Wie ist das mit den Bäuerinnen? Welche Spielräume hat jede Einzelne, ausgetretene Pfade zu verlassen und frei zu entscheiden, welche Wege sie gehen will?

Ella Augusteyns und Judith Moser-Hofstadler lassen uns mit ihren Kom-

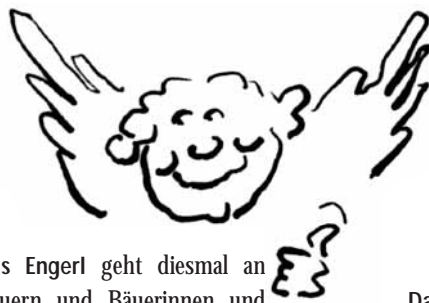
mentaren an ihren persönlichen Gedanken dazu teilhaben. Aber auch der Blick zurück von Franz Rohrmoser, Siegfried Jäckle und Ernst Langthaler zeigt auf, welche Strukturen und Strategien sich hinter der Agrarpolitik verbergen. Wir stellen auch die Frage: Ist der Nebenerwerb Teil der Lösung oder eine Falle?

Besonders freuen wir uns über die Vielfalt der Überlegungen, die wir in diesem Heft präsentieren können.

Der nächste Schwerpunkt ist dem Produktionsthema unter dem Titel „Milch und Honig“ gewidmet. Redaktionsschluss ist der 26. März.



Unbefangene Vorfrühlingsgrüße
aus der Redaktion
Eva, Franziskus und Monika



Das Engerl geht diesmal an Bauern und Bäuerinnen und unzählige Aktivist*innen in Frankreich. Jahrzehntlang haben sie unermüdlich gegen den Bau des Flughafens Notre Dame des Landes Widerstand geleistet. Vor kurzem wurde nun beschlossen: Der Flughafen wird nicht gebaut! 1.650 ha Land gerettet! Stattdessen ist in dieser Zeit „ZAD“ gewachsen: Ein Labor für Alternativen. Das sind richtig gute Nachrichten! Ob sich das bis nach Österreich durchspricht?



Das Teufel freut sich über alle, die das Wort „freier Markt“ immer wieder aussprechen: Weil damit der Begriff „Freiheit“ angenehm verdreht wird. Und weil offenbar alle dann glauben, dass von ihm schicksalhafte Kräfte ausgehen. „Der Milchpreis wird am freien Markt bestimmt.“ Das ist so ein Satz, der alles verdreht und verschleiert und der deshalb dem Teufel Freude bereitet.

KOMMENTAR

VON ELLA AUGUSTEYNS



LUSTVOLL ENGAGIEREN

Eigentlich wälze ich ganz gerne Probleme. Mit Freund*innen, mit der Familie zusammensitzen, diskutieren und über die Ungerechtigkeiten und Gemeinheiten in der Welt schimpfen.

Manchmal baut sich dann Verzweiflung oder ein Ohnmachtsgefühl auf, oft auch das Gefühl, dass wir uns nur im Kreis drehen und eh nichts ändern können. Manchmal baut sich Aggression auf, oft auch Tatendrang und Lust endlich etwas zu tun. In den besten Momenten entstehen lustige, doch auch ernsthafte und kreative Ideen, wie wir unsere Ansichten sichtbar und hörbar machen können. Das sind dann die Momente, in denen ich wirklich das Gefühl habe etwas verändern zu können. Und das ist wunderschön. Sich lustvoll zu engagieren, bedeutet laut Duden „sich bekennd, von einem sehr angenehmen Gefühl begleitet, für etwas einsetzen“. Und ja, ich glaube, dass das wahnsinnig wichtig ist, dieses angenehme Gefühl. Denn die unangenehmen Gefühle beim Probleme wälzen, der Frust, die Verzweiflung, das Sich-im-Kreis-Drehen, die führen oft zu Ohnmacht und Lethargie. Gerade in einer Zeit, die düster wirkt und von Ängsten und von Druck geprägt ist, da brauche ich Lichtblicke und nette Menschen um mich herum. Da brauche ich Wertschätzung und da brauche ich Lachen und Lust.

Unlängst beim ÖBV-Frauenseminar „Frauen erspielen Zukunft – neue Szenen für die Landwirtschaft“, stellten wir Szenen in der Landwirtschaft zu Themen und bestimmten Situationen dar, mit denen wir nicht zufrieden sind. Der erste Tag des Seminars endete mit diesen düsteren Bildern und hinterließ großen Unmut. Am nächsten Tag spielten wir Szenen, wie wir diesen düsteren Bildern des



Vortages als Gruppe gerne begegnen und entgegnetreten wollten. Die Kraft, Vielfalt, Kreativität, Schönheit und Freude, die da gemeinsam und durch jede Einzelne spürbar und sichtbar geworden ist, war überwältigend und äußerst lustvoll. Noch bei jeder Aktion, bei jeder Demo oder bei jedem Treffen der ÖBV, habe ich mich wohl gefühlt, Spaß gehabt, nette Menschen getroffen und über Themen diskutiert, Projekte geplant, hinter denen ich stehen kann und für die ich mich bekennd und weiterhin lustvoll einsetzen will.

*Ella Augusteyns
Biobäuerin im Hausruckviertel, engagiert sich
lustvoll im Frauenarbeitskreis
der ÖBV-Via Campesina*

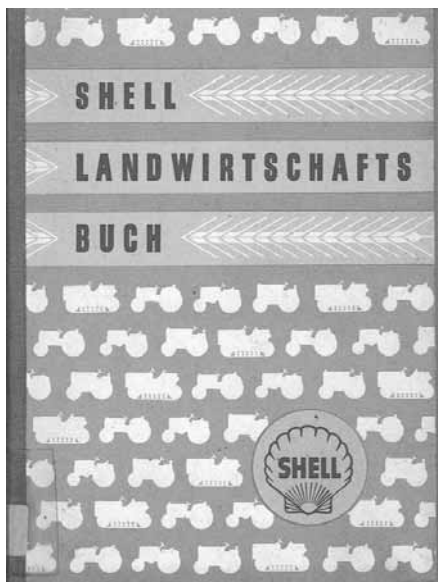


INHALTSVERZEICHNIS	
Siegfried Jäckle	
DIE ABSICHT DAHINTER ERKENNEN	4
Barbara Hable	
WAS IHR WOLLT	6
Gertraud Seiser	
WENN DIE LATTE ZUM GLÜCK SCHRÄG LIEGT	8
Ernst Langthaler	
LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN: AGRARLOBBY ODER LENKUNGSINSTRUMENT?	10
Franz Rohrmoser	
DER STILLE WANDEL VOM SELBSTHILFE-FÖRDERER ZUM SELBSTHILFE-VERHINDERER	12
ÖBV-Info I	14
Erasmus Schöfer	
DER LANDBOTE	15
Martin Mayr	
DIGITALISIERUNG: WEGE ZU EINER MENSCHENFREUNDLICHEN TECHNIK?	16
SOLIDARITÄTSPAKT DER ZIVILGESELLSCHAFT	18
Judith Moser-Hofstadler	
GELASSEN WACHSAM SEIN	19
Klemens Pils!	
KULTURLAND RETTEN!	19
Christine Pichler-Brix	
MUTTERKUHHALTUNG IN ÖSTERREICH NICHT ERWÜNSCHT?	20
Anna Koiner	
MUTTERKUHHALTUNG – GRÜNLANDBASIIERT UND KLEINSTRUKTURIERT	21
Doro Sterz	
SERVUS, WIR SIND DIE JUNGE ABL!	22
Franziska Schrolmberger	
WELCOME TO SERBIA!	23
August Steyrl	
DAS SCHWARZE LOCH IN DER VOJVODINA!	24
ÖBV-Info II/Bücher	25
Monika Gruber	
GLOSSE	26
Kontaktadressen/ABO-WERBUNG	27
ÖBV-Info III mit Einladung zur Vollversammlung	28

DIE ABSICHT DAHINTER ERKENNEN

Die Ankündigung zum Thema Bauernfängerei in der vorigen Ausgabe der Bäuerrlichen Zukunft hat mich gleich an ein Büchlein erinnert, das mir meine Tochter kürzlich vom Flohmarkt brachte. Ein Shell-Landwirtschaftsbuch aus dem Jahr 1955, das in meiner Schulzeit mein Lieblingsbuch war.

VON SIEGFRIED JÄCKLE



In diesem Büchlein waren alle über 250 Traktortypen aufgelistet, die es in Deutschland bis dahin gegeben hatte – aber daheim hatten wir noch keinen. Ebenso faszinierten mich die in dem Büchlein dargestellten Möglichkeiten der Arbeiterleichterung mit Traktoren, wie die Informationen über die Pioniere der modernen Landwirtschaft. Als ich jetzt nach 60 Jahren dieses Büchlein wieder durchschaute, kam mir die Frage, warum denn ein Ölkonzern damals dieses Landwirtschaftsbuch kostenlos verteilte? Dabei erinnerte ich mich, wie meine Eltern nach dem Kauf eines Traktors festgestellt haben, dass sie jetzt auch Rohöl, so nannte man bei uns damals Diesel, kaufen müssen. Der Ölkonzern Shell wollte also damit in der Landwirtschaft neue Kunden gewinnen. Einige Jahre später hatte ich als

Lehrling wieder ein ähnliches Erlebnis, das ich erst später durchschaute. Es war ein Bauernhandbuch, das in der Bauernzeitung billig angepriesen wurde und das ich gleich bestellt habe. Darüber waren meine Eltern nicht begeistert, wohl weil sie neue Wünsche fürchteten, und meinten, ich solle was rechtes lesen. Dieses Bauernhandbuch war eines der ersten Bücher mit Farbbildern und darauf rote Traktoren einer Marke, die wir heute nur noch als Sportwagen kennen. So wie diese Traktoren heute gefragte Oldtimer sind, steht auch das Bauernhandbuch noch in einem meiner Bücherregale als Erinnerung an die Entwicklung meiner Jugendzeit. Diese Benutzung von Informationsmaterialien für Werbung konnte ich in meinem späteren Beraterleben noch häufig erleben. Heute wird eher versucht, gleich die ganze Bauernfamilie zu beglücken. So warb vor einiger Zeit der grün gelbe Global Player mit einer Anzeige, wo neben dem Großtraktor mit dem smarten Landwirt, die Bäuerin auf dem grün gelben Gartentraktor saß und neben ihr der Bub auf dem grün gelben Tretraktor.

Bauernfängerei im Wandel?

In Wikipedia wird Bauernfängerei als eine Art von Täuschung bis hin zum Betrug beschrieben, bei der davon ausgegangen wird, dass ein Vertragspartner die Modalitäten entweder nicht versteht oder relevante Passagen (Kleingedrucktes) überliest. Der Name stamme aus dem Dreißigjährigen Krieg, in dem Anwerber der Söldnerheere Bauern oft erst betrunken gemacht haben und dann einen Rekrutierungsvertrag unterschreiben ließen, den diese nicht lesen konnten. Wenn auch meine erlebten Beispiele sich sanfter anhören, zeigen sie, wie anpassungsfähig die Methode der Bauernfängerei ist. Was die Söldner vor 400 Jahren waren, sind in unserer Marktwirtschaft die Verbraucher*innen und die müssen geworben werden, was man neudeutsch Marketing nennt. Dieses wachsende Geschäftsfeld hat der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber¹ vor zehn Jahren in seinem Buch „Consumed!“ aufbereitet. Der Untertitel des Buches hat gleich

die weiteren Folgen erklärt, die wir in der Zwischenzeit erleben: „Wie der Markt unsere Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt.“ Wenn ich heute Nachrichten aus der Politik höre, glaube ich manchmal, Barber habe das Drehbuch geschrieben. Als einer der Ersten erklärt er, wie endlos wachsender Konsum zu Sinnverlust und Totalisierung der Gesellschaften führt.

Kapitalismus braucht Wachstum und Bauernfänger

Die Jünger unseres Wirtschaftssystems, egal wie sozial oder ökologisch sie sich nennen, kennen nur ein Ziel: Wirtschaftswachstum. Denn nur Wirtschaftswachstum sichere Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen, um sich soziale und ökologische Leistungen leisten zu können. Ihre Religion besteht aus nur einem Satz aus dem 18. Jahrhundert, den sie dem Werk des Moralphilosophen Adam Smith entnommen haben: Wenn jeder nach seinem eigenen Profit strebe, sei dem Gemeinwohl am besten gedient! Sie haben das moralische Denken ignoriert und wundern sich über Krisen, die sie nie rechtzeitig sehen. Dabei reicht der gesunde Menschenverstand, um zu wissen, auf unserer Welt ist endloses Wachstum nicht möglich. Damit das Wachstum weiter steigt, braucht es Marketing oder altdeutsch Bauernfänger, um Bedürfnisse zu wecken, Kredite, um die Bedürfnisse zu finanzieren, und neue Moden, die Bewährtes altmodisch machen. Wer dem nicht folgt, wird als unbelehrbar abgestempelt und läuft neuerdings Gefahr, gleich als Faschist oder Nationalist eingeordnet zu werden, wie es ein großes deutsches Magazin mit einem Freund aus Sachsen und weiteren Bürgerrechtler*innen gerade gemacht hat.

Bauern in der Tretrmühle

Bis in meine Jugendzeit hat zu fast jedem Hof im Schwarzwald eine Mühle gehört, in der

¹ Benjamin R. Barber (2007): Consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt. C.H. Beck Verlag, München. Siehe auch: Naomi Klein (2002): No Logo! Der Kampf der Global Players um die Marktmacht. Bertelsmann Verlag

das eigene Korn gemahlen wurde für das eigene Brot. Mit dem Wirtschaftswunder wurde Brot billig und die Knechte und Mägde wanderten von den Höfen in die besser zahlende Industrie. Die Mühlen zerfielen, bis auf die letzten, die der Denkmalschutz für die Touristen restaurierte. So wie sich das Mahlen schweigend in die Großmühlen der globalen Konzerne verlagert hat, zermahlt ihr System mit standardisierten Produkten und zentralistischen Strukturen Bauernhöfe samt aller lokalen Versorgungsstrukturen. Mit dem Ersetzen der Arbeitskräfte auf den Höfen durch Kapital in Form von Technik, begann sich die Tretmühle zu drehen. So wurden aus Bauern und Bäuerinnen, mit den eingangs dargestellten Beispielen von Bauernfängerei, Konsument*innen von industriellen Betriebsmitteln. Politik und Bauernverbände haben das rechtzeitig erkannt: Über die sinkende Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttosozialprodukt stellten sie die wachsende Rolle der Landwirtschaft als Kunde von Betriebsmitteln. Zwar wird zur Begründung von Direktzahlungen weiter von bäuerlicher Landwirtschaft und Kulturlandschaft geredet, in Wirklichkeit sind alle größenabhängigen Direktzahlungen Schmiermittel der Tretmühle.

Gefangen in der Tretmühle

Diese Tretmühle funktioniert sehr dynamisch. Sie ist in Gang gekommen mit dem Ersetzen von Arbeitskräften durch Kapital. Durch dieses *Investieren* steigt das Wirtschaftswachstum, weshalb der Staat dazu Investitionshilfen gibt. Den Rest der Kosten muss die Landwirtschaft aber trotzdem selbst erwirtschaften, *was mehr produzieren heißt*. Die dazu notwendigen zusätzlichen Betriebsmittelkäufe dienen ebenso dem Wirtschaftswachstum, wie die Belohnung durch Prämien für mehr Hektare. Sobald der Markt aber gesättigt ist, kommt von selbst der *Preisdruck*. Der wird von unserem Wirtschaftssystem toleriert, weil billige Lebensmittel Kaufkraft für neue Konsumgüter frei lassen, was wiederum das Wirtschaftswachstum steigert. Um dem Preisdruck auszuweichen, wird als vierter

Schritt auf neue Betriebszweige oder höhere Qualitätsstandards (Bio, Tierwohl etc.) auszuweichen versucht. Sobald neue Betriebszweige oder höhere Standards aber die Nische verlassen, weil es viele machen, fallen sie unter die Normen des Wirtschaftssystems. Um sie zu erfüllen, muss wieder investiert werden, wodurch die Wirtschaft weiter wächst und die Tretmühle sich weiter dreht. Das jüngste Beispiel dafür ist die Tierwohllysterie in Deutschland, wo es nur um Stallbau mit Tiermassagetechnik geht, was dem Wirtschaftswachstum dient, während naturgemäße Zucht und Fütterung außen vor bleiben.

Wie kommen wir aus dieser Tretmühle raus?

Vor allem der vierte Schritt dieser Tretmühle hat mich sehr nachdenklich gestimmt. Wollten doch die Pioniere des biologischen Landbaues vor Jahrzehnten dieser Tretmühle entgegen. Dabei empfinde ich immer mehr, wie die Religion des Wachstums, Solidarität durch Wettbewerb ersetzt. Oder wie Franz Rohrmoser sagt, was vom „Ich und Du“ zum „Ich oder Du“ führt. Ein anderer Freund nennt Wettbewerb und ähnliche Begriffe des Systems Giftwörter. Darüber, wie diese Giftwörter unsere Institutionen und Bauern vergiften haben, muss ich seither nach manchen Versammlungen nachdenken. Denn diese Giftwörter sind wie Scheuklappen und machen jeden Diskurs um eine andere Landwirtschaft oder gar Wirtschaft alternativlos. Dabei sind sich viele Zukunftsforscher einig, dass wir die Wahl haben, zwischen einer „Zukunft by Disaster“ oder „by Design“. Wo aber Alternativlosigkeit herrscht, gehören weitere Disaster von Finanzen, Klima und wachsender Ungleichheit zum Programm. Weil die Politik über Steuereinnahmen und Arbeitsplätze in der Wachstumsreligion (noch) gefangen ist, sind grundsätzliche Programmänderungen von ihr kaum zu erwarten. Wohl aber sollten wir von der Politik die Freiheit zum Design, auf Deutsch zur Gestaltung un-



Power Point, Siegfried Jäckle

serer eigenen kleinen Zukunft, erwarten. Denn noch nie in meinem Erleben war der Gestaltungsspielraum auf unseren Höfen so eingengt, wie derzeit. Deshalb erinnere ich daran, dass aus Angst vor dieser Bauernfängerei (durch Stickstoffdünger aus den ehemaligen Schießpulverfabriken) die schlesischen Gutsbesitzer nach dem ersten Weltkrieg mit Rudolf Steiner den Landwirtschaftlichen Kursus gemacht haben. Sie hatten die Absicht des Wirtschaftssystems erkannt und der Begründer des biologisch-dynamischen Landbaues erklärte ihnen vor über 90 Jahren: „Eine gesunde Landwirtschaft müsste dasjenige, was sie selber braucht, in sich selber eben auch hervorbringen können.“ Vielleicht sollten wir uns heute Bäuerinnen- und Bauernguerillas nennen, um aus der Tretmühle wieder naturgemäße Kreisläufe zu gestalten. Um nicht wieder in die Tretmühle zurückzufallen, hilft es, Fehlinvestitionen so zu sehen, wie es ein Unbekannter charakterisiert: „Eine Fehlinvestition ist etwas, was ich nicht unbedingt brauche, das Geld kostet, das ich nicht habe, um Nachbarn zu beeindrucken, die ich nicht mag.“ Bestätigt haben das auch die Kasseler Landforscher in einer Studie über Milchbäuer*innen, die wenig oder kein Kraftfutter füttern, und trotzdem nicht weniger verdienen und sogar zufriedener sind.²

Siegfried Jäckle

Forum Pro Schwarzwaldbauern, www.sforum.eu

Hinweis: Die ÖBV hat am 7. April 2018 Siegfried Jäckle zum Workshop „Den Wert unserer Höfe für ein gutes Leben entdecken“ eingeladen (11:00 – 17:00, Rotholz in Tirol) – siehe ÖBV-Info Seite 14.

² Karin Jürgens/Onno Poppinga/Urs Sperling (2016): Wirtschaftlichkeit einer Milchviehfütterung ohne bzw. mit wenig Kraftfutter. Studie: www.landforscher.de/Publikationen.html

WAS IHR WOLLT

Bäuerliche Landwirtschaft – ein vielseitiger Begriff?

VON BARBARA HABLE



In den türkisblauen Tiefen des neuen Regierungsprogramms findet sich der schöne Satz: „Wir bekennen uns zu einer bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken.“ Bekommen wir jetzt, was wir wollen? Es scheint so, denn wir, die Mitglieder der ÖBV, „wir sind Bäuerinnen und Bauern ... die biologisch oder konventionell ihre Höfe bewirtschaften und Menschen verschiedener Berufsgruppen, die sich mit der bäuerlichen Landwirtschaft verbunden fühlen und sich für ihren Erhalt einsetzen.“, so die Selbstdarstellung auf der ÖBV Homepage.

Doch – oh weh – der Schein trügt, es sind nur dieselben Worte, gemeint ist etwas ganz anderes. Das wird deutlich, wenn ich im neuen Regierungsprogramm weiterlese, da ist die Rede von einem „freien und leistungsfähigen Bauernstand“ und davon, dass das Schicksal unserer Heimat eng mit unserer Landwirtschaft verbunden sei. Und es geht noch weiter: „Die österreichische Kulturlandschaft wurde über Jahrhunderte durch die bäuerliche Bearbeitung kultiviert und geprägt. Sie bildet ge-

meinsam mit den ländlichen Siedlungsformen, den Nutztierarten, den Bewirtschaftungsformen und dem ländlichen Brauchtum die Landeskultur.“

Interessante Schlussfolgerung – bäuerliche Landwirtschaft führt mehr oder weniger direkt zu einer Landeskultur, aha. Außerdem bekennen sich die Koalitionspartner*innen noch „zu einer wettbewerbsfähigen, multifunktionalen und flächendeckenden österreichischen Land- und Forstwirtschaft auf der Basis bäuerlicher Familien“.

Die bäuerliche Familie

Das bringt etwas Licht in die Angelegenheit: Bäuerliche Landwirtschaft und bäuerliche Familienbetriebe – zwei Begriffe, die synonym gebraucht werden können? Wie zum Beispiel in einer Presseaussendung von Frau Köstinger aus dem Jahr 2010: „Der Hof und der bäuerliche Familienbetrieb als Unternehmen sind die Lebenszellen der Regionen und nehmen eine grundlegende Stellung ein. Was essen wir morgen? Wo wohnen wir morgen? Und wie heizen

wir morgen? – sind aktuelle und brennende Fragen der Zeit – die Antwort liegt in der bäuerlichen Landwirtschaft und es ist unsere Pflicht diese für die Zukunft abzusichern.“

Ich frage mich, wie das für Menschen ist, die Höfe nicht als Familienbetriebe bewirtschaften – für Hofkollektivbewohner*innen, für Alleinstehende, für gleichgeschlechtliche Partner*innen – können sie sich mit bäuerlicher Landwirtschaft identifizieren? Ich selbst kann es nicht, dabei lebe ich mit meiner Kleinfamilie am Hof, könnte mich also durchaus angesprochen fühlen. Doch beim Wort bäuerlich stellt es mir ganz leicht die Nackenhaare auf, es ist mir nicht ganz wohl dabei, da hängt so viel dran, Traditionen, Dirndl, Blumenschmuck, reiches Auftreten und etwas sehr klebriges, sehr konservatives, das ich sehr gerne abschütteln möchte.

Wir haben da ein Problem

Interessenvertretungen und Parteien dehnen und drehen und deuten den Begriff so wie er in ihr Programm passt. Die Grünen Bäuer*innen vermeldeten am 20.11.2017: „Die neue Regierung gefährdet die bäuerliche Landwirtschaft!“ Was mit bäuerlicher Landwirtschaft gemeint ist, wird dabei nicht näher erklärt.

Das Problem ist, dass alle die gleichen Worte sagen und Verschiedenes meinen, wobei selten genauer ausgeführt wird, was jeweils unter bäuerlicher Landwirtschaft verstanden wird. Definiert wird der Begriff, wenn überhaupt, meistens in Abgrenzung zur industriellen Landwirtschaft, über die bäuerliche Familie, den Grundbesitz, die eigene Arbeitskraft, eine nachhaltige Wirtschaftsweise und die Weitergabe an die nächste Generation. In neueren Definitionen wird manchmal „Familie“ durch „Menschen, die zusammen leben und arbeiten“ ersetzt oder ergänzt. Auf der Suche nach der wahren Bedeutung des Begriffs habe ich den Eindruck gewonnen, dass hier etwas Altes neu frisiert wird, aber die Haare immer wieder so fallen, wie sie es gewohnt waren.

Das Problem ist, dass Bauernbund und Landjugend bäuerliche Landwirtschaft ganz anders verstehen und verwenden und zwar schon viel länger als all die anderen, die heute darüber reden. Für den Bauernbund ist das ein zentraler Begriff, und wer auch immer ihn verwendet, muss sich im Klaren darüber sein, dass er schon besetzt ist. Der bäuerliche Familienbetrieb ist im Bauernbundenken die Verkörperung der Einigkeit von Großen und Kleinen, das edelste Argument für die Vereinnahmung der Kleinbäuer*innen zum Zwecke ihrer Ruhigstellung. Mit diesen zwei Worten lässt sich so viel ausdrücken: Tradition, konservative Lebensweise, die Nähe zur katholischen Kirche, die Verherrlichung von Eigentumsrechten. Aus dem Wahlprogramm des Bauernbunds 2013: „Als soziale Keimzelle des Hofes steht der generationsübergreifende bäuerliche Familienbetrieb im Mittelpunkt der politischen Arbeit des Bauernbundes. [...] Familie ist unser höchster Wert. Sie sichert die Zukunft unserer Höfe!“ Der Bauernbund sieht sich als „die einzige politische Kraft für die Bäuerinnen und Bauern in Österreich“. Und die Landjugend stimmt ein: „Ein intakter ländlicher Raum mit einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft liegt uns am Herzen.“

Sie waren gegen alles

Die Geschichte des Bauernbunds, wie sie von Bauernbündler*innen selbst erzählt wird, liest sich wie die Geschichte eines Krieges gegen „die Sozis“, des Kampfes gegen soziale Gerechtigkeit und den Wohlfahrtsstaat. Sie waren gegen alles, was mir wichtig ist: Sie kämpften gegen das Frauenwahlrecht: „Erstmals waren auch die Frauen wahlberechtigt, ein Umstand, mit dem der Bauernbund, wie viele andere, nicht viel Freude hatte.“ Sie versuchten, die Bäuer*innenpension zu verhindern und die Gleichstellung unehelicher Kinder. Die Familienrechtsreform, mit der ab 1974 endlich die Frau dem Mann in der Ehe gleichgestellt war, war ihnen ein Dorn im Auge.

Bruno Kreisky war der erklärte Feind. „Anfänglich versuchte er durch Umgehung der ge-



Kreisky zu Besuch bei einer Bergbauernfamilie in Pöls

Quelle: Barbara Hable

wählten Berufsvertretung und Aufwertung unbedeutender bäuerlicher Splittergruppen dem Bauernbund einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Das aber ist ihm keineswegs gelungen.“, heißt es in der Geschichte des Bauernbunds. Gemeint ist hier die Bergbauernvereinigung, der Kreisky mit Wohlwollen begegnete. Er versuchte den Berg- und Kleinbäuer*innen zu vermitteln, dass sie mit den Arbeiter*innen mehr gemeinsame Interessen hätten als mit den Funktionären des Bauernbundes und der Agrarindustrie.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die SPÖ den Begriff bäuerliche Landwirtschaft offenbar meidet. Im Parteiprogramm steht dagegen ähnlich wie zu Kreiskys Zeiten: „Nachhaltig Wirtschaften ist für uns auch Leitbild für die Landwirtschaft. Bäuerinnen und Bauern erbringen wichtige Leistungen für die Gesellschaft, besonders in benachteiligten Gebieten und in den Bergregionen. Die finanzielle Förderung der Landwirtschaft wollen wir verstärkt nach sozialen und ökologischen Kriterien gestalten.“

Was wollen wir?

Ich denke, es ist gefährlich einen so gründlich besetzten Begriff zu verwenden. Vermutlich verstehen nicht nur Parteien, sondern auch Leser*innen und Angesprochene unter bäuerlicher Landwirtschaft was sie wollen, und wahr ist ja bekanntlich das, was bei den Empfänger*innen einer Botschaft ankommt und nicht das, was gemeint war. Schon gar nicht, wenn

denen, die reden oder schreiben, selbst nicht ganz klar ist, was sie eigentlich meinen. Wir sollten angesichts des neuen Regierungsprogramms noch einmal darüber nachdenken, was wir wollen und was wir ganz bestimmt nicht wollen. Zum Beispiel geschluckt und vereinnahmt werden – Franz Rohrmoser und Josef Krammer beschreiben das anschaulich als „Vorspannmechanismus“, wenn mit den Interessen der Kleinbäuer*innen argumentiert wird um die Interessen der Großgrundbesitzer*innen und der Agrarindustrie zu verfolgen.

Alle unter einem Dach

In vielen Orten sind Bauernbund (Parteiorganisation), Landwirtschaftskammer (Interessenvertretung aller Bäuer*innen) und Landjugend (die größte Jugendorganisation im ländlichen Raum) an derselben Adresse anzutreffen, und sie rufen im Chor „Ein Hoch der bäuerlichen Landwirtschaft“. Dass wir in diesen Kanon nicht einstimmen, ist klar, die Frage ist vielmehr, wie wir uns von dieser Einstimmigkeit klar und widerständig abgrenzen können.

*Barbara Hable
Bergbäuerin in der Steiermark*

WENN DIE LATTE ZUM GLÜCK SCHRÄG LIEGT

In der letzten Ausgabe der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ habe ich bereits drei Gründe ausgeführt, die es sehr schwer machen, von „der“ Bäuerin zu sprechen. Notizen zur Situation „der Bäuerin“, Teil 2

VON GERTRAUD SEISER



Foto: Gertraud Seiser

Ökonomische Ausgangsbedingungen und ökologische Voraussetzungen, der gesetzliche Rahmen und die spezifische Situation von Familienbetrieben sind verschieden. Ich versuche hier weiter auseinanderzudividieren. Das mögen die politischen Bäuerinnenvertreterinnen gar nicht. Sie gehen – wie der zunehmende Rechtspopulismus – von gleichen Interessen und Bedürfnissen aus. Mir kommt das wie Bäuerinnenfängerei vor.

Um bei der Durchnummerierung zu bleiben, nehmen wir uns

4. Bildung und Ausbildung

vor. Ich habe den Bericht „Situation der Bäuerinnen in Österreich 2016“ gelesen, erstmals von einem Marktforschungsinstitut (keyQUEST) durchgeführt. Diese quantitativen Umfragen erscheinen alle zehn Jahre seit 1976. 2016 wurde die Erhebungsmethode erstmals auf „online-Befragung“ umgestellt. Ausgangsbasis dieser Erhebung waren die 116.600 INVEKOS Betriebe aus dem Jahr 2014. Von diesen hatten etwa 36.600 Höfe eine gültige Mail-Adresse. 2.432 Bäuerinnen haben geantwortet.

Und jetzt zitiere ich wörtlich: „Die Zahl der Befragten, die Matura oder einen Universitätsabschluss haben, nahm bedeutend zu (1996: 4% und 2006: 13%). 2016 hatten 34% der Befragten einen Matura-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss“ (keyQUEST 2017:7). Diese Studie soll mit einer Schwankungsbreite von knapp zwei Prozent repräsentativ für alle österreichischen Bäuerinnen sein. Geht's nu?

Ich rate allen lesenden Bäuerinnen, sich alle Nachbarinnen ihrer konkreten Grundstücksgrenzen vorzustellen. Haben ein Drittel eine Matura oder einen Universitätsabschluss, dann lohnt es sich, die Studie weiter zu lesen. Sollte das nicht der Fall sein, erhebt sich die Frage, was mit diesem Zahlenzauber bezweckt wird. Also, wer, warum, wozu? Was ist mit den zwei Dritteln der Höfe, die gar keine Mail-Adresse haben? Diese sind mit keiner einzigen Stimme vertreten. Inexistent! Formalbildung hat etwas mit Zugang zu Kommunikationsmedien zu tun. Der Zahlenzauber geht weiter. Damit die Sache „echter“ wirkt, wurden die Antworten „gewichtet“ nach Bundesländern, Altersgruppen und Hofgrößen. Also alles ganz sauber.

Nicht aber nach Bildung, weil diese ja ein Ergebnis und keine Voraussetzung ist. Auf Seite 15 lesen wir, dass der Durchschnitt aller Österreicherinnen nur zu 23% Matura oder Hochschulabschluss hat, die Bäuerinnen aber zu 34%. Das ist schön. Echt?

Es stellt sich nunmehr aber die Frage, wie so das bäuerliche Einkommen so niedrig ist, wenn doch anderweitig, also bei Arbeiterinnen und Angestellten die Einkommen mit dem Bildungsniveau steigen und die Arbeitslosenrate sinkt. Also was treibt dann diese gut ausgebildeten Frauen in so riesigen Massen auf die Höfe? Und warum behaupten Männer wie Frauen in den marginalisierten Gebieten, dass ihre gut ausgebildeten Frauen abwandern? Wo gehen die dann hin? Wo sind diese Höfe, die müssen sich dann ja irgendwo anhäufen. Also, ich habe sie in der Massenhaftigkeit noch nicht gefunden.

5. Orientierungen und Werte, die lokal dominant sind

Anthropologinnen sind Geschichtenerzählerinnen, sie können Statistiken bestenfalls „lesen“, also zurück in den eigenen Beruf:

Lisi beispielsweise ist Mitte 40, ein größerer Nebenerwerbsbetrieb, ein Einzelgehöft. Ihr Mann fährt zur VOEST in die Schicht, die zwei Söhne sind in Linz zur Ausbildung und kommen im besten Falle zum Wochenende heim. Die Schwiegereltern, die sie lange gepflegt hat, sind tot. Lisi wollte nun eine Ausbildung zur Altenpflegerin machen und dann zumindest halbtags arbeiten gehen. Ihr Mann sagt Nein, das käme nicht in Frage. Wie schaut das vor seinen Arbeitskollegen und Freunden aus, wenn bekannt wird, dass er es sich nicht leisten kann, dass seine Frau zu Hause bleibt. Lisi will sich deswegen scheiden lassen, das ist ein schwerer Schlag für die ganze Verwandtschaft, ein besonders großer und aktiver katholischer Bäuer*innenclan. Mir wird das Problem von einer Altbäuerinnenrunde (75+) vorgetragen. Stundenlang erwägen sie den Fall in alle Richtungen und entscheiden sich für Ausbildung und Scheidung, wenn es denn sein muss. Lisi ist jetzt

Krankenschwester und nicht geschieden. Ich glaube, dass die Entscheidungsfindung der alten Frauen (innerverwandtschaftlich) für das Gesamtergebnis nicht unerheblich war. Haben sie hinreichend lange (bei Eierlikör, igitt) abgewogen, dann wirkt das auf die einzelnen Höfe zurück, auch auf die Männer. Ihre Entscheidung und Einflussnahme hätte auch ganz anders ausfallen könne. Ehrlich gestanden ist eher das andere der Regelfall, also daheim bleiben, Torten, Goldhauben und Co.



6. Arbeitsteilung und Arbeitsbelastung

Die Mehrfachbelastung der Bäuerinnen ist ein Dauerthema auf Tagungen und in Studien. Die Vielfachbelastung entsteht durch die Arbeit im Betrieb, die Care-Tätigkeiten für Kinder und Alte und durch die Arbeit im Haushalt. Gerade der Haushalt ist für viele eine besondere Herausforderung. Mir ist verschiedentlich ein selbst verursachtes Putzproblem auf Bauernhöfen untergekommen. Nach einem Interview mit einer Mittdreißigerin in einer modernen und blitzsauberen Küche (der Neubau des Wohntrakts wurde erst kürzlich abgeschlossen), zeigt sie mir noch das neue Wohnzimmer. Es war abgesperrt, damit die Kinder nicht hinein können. Sie hat sich dieses Wohnzimmer sooo gewünscht und ist es nicht wunderschön? Ich starre fassungslos auf den schneeweißen Teppichboden und den staubfreien Glastisch vor der Ledercouch, den überdimensionierten Flat Screen-Fernseher und die gut gefüllte gläserne Schnapsbar. Leider sei das Wohnzimmer so aufwendig zum Reinigen, dass es nur zu besonderen Anlässen geöffnet werden kann. Das ist natürlich ein Extremfall! Es gibt aber in gar nicht so kleiner Zahl Bäuerinnen, die übergroße, nicht sehr funktionale Wohnflächen täglich akribisch putzen und enorm darunter leiden, wenn der Mann doch die Gummistiefel nicht auszieht, wenn er ganz schnell einen Ku-

gelschreiber aus seinem Büro braucht. Prestigedenken bezieht sich nicht mehr nur auf den überdimensionierten Traktor, sondern hat inzwischen auch die Wohngebäude erreicht.

Dann sitze ich mit einer dieser Bäuerinnen auf der Gartenbank mit herrlichem Blick auf die umgebende Hügellandschaft. Plötzlich schreit sie: „Schau, das gibt's ja nicht: Die X-Bäuerin lässt auch schon vom Bofrost liefern! Die laden sich die Gefriertruhe voll mit Fertigprodukten! Die füttert ihre Familie mit Lasagne aus der Mikrowelle!“. Sie selber serviert jeden Tag frischen selbstgemachten Kuchen zum Kaffee am Nachmittag.

Katja Heitkämper und Esther Tahlmann stellten auf der Tagung „Frauen bewegen Landwirtschaft“ eine aktuelle Studie zur Arbeitsbelastung von Bäuerinnen vor. Durchschnittlich arbeiten Bäuerinnen 61 Stunden pro Woche, 52 Wochen pro Jahr. 8% der Arbeitszeit gehen in den Landwirtschaftsbetrieb, 7% in die Kinderbetreuung aber 14% in die Wohnungspflege und 32% in die Verpflegung eines „modernen Vier-Personenhaushalts“. Andere (Haushalts)tätigkeiten wie Vorratshaltung, Garten, Wäsche, Einkauf etc sind alle extra gewertet.

Es fällt mir dann manchmal sehr schwer solidarisch zu sein, mir anzuhören, welche Frechheit der „Blühstreifen“ jetzt

wäre, der mit dieser oder jener Förderung jetzt verbunden ist. Und gleichzeitig den Flat Screen im zugesperrten Wohnzimmer bewundern zu müssen, der genau von dieser Förderung angeschafft wurde.

Bei meinen Feldforschungen habe ich immer wieder auch leidenschaftliche Feministinnen getroffen, mit mehreren Kindern und ohne, verheiratet oder auch nicht. Gemeinsam haben sie, dass sie – egal, ob sie aus den Dörfern selbst sind oder von außen kamen – vor allem von den lokalen Frauen „geschnitten“ werden. Sie verfügen über gute Netzwerke, diese sind aber regional oder überregional. Im Ort verankert sind sie kaum. Ein gut dokumentiertes Beispiel dafür ist Sophie Brandstätter, Vorsitzende der Österreichischen Bergbauernvereinigung in den späten 1990er Jahren.

Durch diese verschiedenen Einwirkungen auf die Lebenssituation einer konkreten Bäuerin wird zweierlei verkompliziert: einerseits eine zutreffende Darstellung und Analyse ihrer Situation und andererseits das Finden und die Vertretung von gemeinsamen Anliegen und Interessen. Letztere sind nämlich meines Erachtens kaum mehr auszumachen.

*Gertraud Seiser
Kultur- und Sozialanthropologin an der
Universität Wien, beschäftigt sich mit
Wirtschaft und Sozialstruktur im
österreichischen ländlichen Raum*

LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN: AGRARLOBBY ODER LENKUNGSINSTRUMENT?

Die Landwirtschaftskammern sind im Gerede – nicht erst aktuell, sondern bereits seit ihrer Gründung, beginnend 1922 in Niederösterreich.

VON ERNST LANGTHALER



Foto: ÖBV

Die einen sehen die Kammer als eine Agrarlobby, die die Eigeninteressen ihrer bäuerlichen Klientel egoistisch durchsetzt. Die anderen sehen sie als ein Lenkungsinstrument, um obrigkeitstaatliche und industriekapitalistische Interessen im Agrarbereich durchzudrücken. Wie so oft trifft weder die eine noch die andere Ansicht für sich allein zu. Dennoch bergen beide Standpunkte einen wahren Kern. Ein Blick auf die gesetzliche Interessenvertretung der Landwirtschaft in Österreich im 20. Jahrhundert vermag diese Gemengelage etwas zu sortieren.

Den „Bauernstand“ organisieren

Die Versuche, den „Bauernstand“ – die Gesamtheit der Selbständigen und Unselbständigen in der Land- und Forstwirtschaft – als Berufsverband zu organisieren, reichen bis in die 1880er Jahre zurück. Sie waren zugleich konservativ – in den antiliberalen und antimarxistischen, mit Antisemitismus gepaarten Inhalten – und modern – in den neuen Organisationsformen (Bauernbünde, Genossenschaften, Vereine usw.). Angesichts der Gründung der Arbeiterkammern 1920 propagierte der christlichsoziale Bauernbund einen schlagkräftigen Berufsverband. Nach entsprechenden Vor-

bereitungen beschloss der Niederösterreichische Landtag 1922, erstmals in Österreich, die Errichtung einer Landwirtschaftskammer als gesetzlicher Interessenvertretung.

Die niederösterreichische Landwirtschaftskammer hatte in der Ersten Republik eine bundesweite Führungsposition. Kammeramtsdirektor Engelbert Dollfuß charakterisierte das Leitmotiv in folgender Weise: „Der Grundgedanke des Bauernkammersystems ist die Zusammenfassung der gesamten Land- und Forstwirtschaft eines Landes durch direkte Urwahl zu einer wirklich autonomen Interessenvertretung mit Umlagerecht und mit entsprechenden Unterorganisationen, wobei den Kammern neben der unmittelbaren Interessenvertretung auch die öffentlich-rechtlichen Agenden der Landeskulturförderung obliegen“. Die Sozialdemokraten sprachen, weniger schmeichelhaft, von einem „agrарischen Sonderstaat im Staate“: Erstens schloss das an eine Mindestgröße von einem Hektar Grundbesitz geknüpfte Stimmrecht etwa ein Sechstel der Grundbesitzenden aus – zum Vorteil der Christlichsozialen und Deutschnationalen wie zum Nachteil der Sozialdemokraten. Zweitens fielen die wegweisenden Entscheidungen nicht in der demokratisch legitimierten Vollver-

sammlung, sondern beim Kammeramt, das großteils aus Vertretern des Cartellverbands bestand. Drittens erhielt die Kammer auch die Agenden der Landwirtschaftsförderung, einschließlich der dafür nötigen Gelder. Die Übernahme staatlicher Aufgaben durch eine öffentlich-rechtliche, der parlamentarischen Kontrolle entzogene Selbstverwaltungskörperschaft widersprach der Trennung von Staat und Gesellschaft sowie der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive.

Dollfuß: „agrарischer Kurs“ und Ständestaat

Angesichts der Weltwirtschaftskrise startete Dollfuß, seit 1931 auch Landwirtschaftsminister, einen „agrарischen Kurs“. Die Christlichsozialen sahen im „Bauernstand“ nicht nur einen Berufszweig, sondern auch ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Folglich sollten die Bauern nicht im kapitalistischen Sinn „gesundgeschrumpft“, sondern aus dem Spiel der Marktkräfte herausgehoben werden. Außenzölle und Binnenmarktordnungen sollten den bäuerlichen Betrieben ein „gerechtes“ Preisniveau garantieren. Der „agrарische Kurs“ der Bundesregierung zeigte nach Betriebsarten und -größen unterschiedliche Effekte: Die größeren Ackerbaubetriebe im Flach- und Hüggelland kamen vergleichsweise glimpflich über die Krisenjahre. Die kleineren Bergbauernhöfe hingegen litten unter dem Holz-, Milch- und Viehpreisverfall infolge des Kaufkraftrückgangs der von Massenarbeitslosigkeit getroffenen Industriearbeiterschaft. Verschuldung und, im Extrem, Zwangsversteigerungen häuften sich.

Die Ausschaltung von Parlament und Oppositionsparteien durch die Dollfuß-Regierung 1933/34 ebnete den Weg zur Errichtung des „Ständestaats“. Von den ins Auge gefassten „Berufsständen“ war die Land- und Forstwirtschaft nach dem öffentlichen Dienst der zweite, der per Gesetz installiert wurde. Die „Berufsstände“ waren einerseits öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaften, andererseits staatliche Steuerungsinstrumente. Damit

wurde die informelle Verflechtung von Bauernbund als „Alleinherrscher“ und Landwirtschaftskammer als Expertenapparat formell festgeschrieben. Doch just als die „Berufsstände“ gesetzlich aufgewertet wurden, verloren sie an realer Macht zugunsten der Regierungsdiktatur unter Kanzler Kurt Schuschnigg, dem Nachfolger des 1934 von Nationalsozialisten ermordeten Dollfuß. Teile der Bauern- und Landarbeiterschaft sahen im Nationalsozialismus den Retter in der Not.

Führerprinzip und Reichsnährstand

Mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 wurde der Reichsnährstand eingerichtet. Er war ein Zwangsverband aller in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen – einschließlich der Landarbeiterschaft – sowie der Selbständigen im Handels- und Verarbeitungsbereich. Obwohl eine Interessenvertretung mit dem „Führerprinzip“ nicht vereinbar war, oblagen dem Reichsnährstand neben dem vom Staat übertragenen Wirkungsbereich vergleichbare Aufgaben. Der Reichsnährstand war ein Instrument der politischen und wirtschaftlichen Mobilisierung des „Landvolkes“ im Krieg. So etwa organisierte er die Lebensmittelbewirtschaftung: Was über den Bedarf der bäuerlichen „Selbstversorger“ hinausging, wurde zur Ablieferung vorgeschrieben. Dennoch blühte die Schattenwirtschaft, indem Bauern Vorräte zum Eigenverbrauch oder für den Schwarzmarkt abzweigten. Der Reichsnährstand mischte in weiteren Herrschaftsfeldern mit: im Zwangsarbeitseinsatz, in der Enteignung jüdischen Grundbesitzes, in der Erbhofgerichtsbarkeit und so fort. Im Spannungsfeld zwischen amtlichen Pflichten und alltäglichen Verpflichtungen hatten Orts- und Kreisbauernführer Ermessensspielräume – und nutzten diese auch im Interesse ihrer Klienten. Wenn diese Vermittlerrolle auch den Vertrauensverlust des „Landvolkes“ in das NS-Regime nicht stoppte, dämmte sie den aufkeimenden Unmut auf ein für die Machthaber kontrollierbares Maß ein.



Landwirtschaftskammern in der Zweiten Republik

In der Zweiten Republik wurden die Landwirtschaftskammern wiedererrichtet. Im Wirtschaftsboom der Nachkriegsjahrzehnte ging es nicht mehr darum, den „Bauernstand“ vor der bedrohlichen Industriegesellschaft abzuschotten. Vielmehr sollte der Agrarsektor sozialpolitisch abgefedert und an den als unvermeidlich betrachteten „Strukturwandel“ angepasst werden. Sinngemäß forderte der niederösterreichische Kammerpräsident, „die Landwirtschaft der Industriegesellschaft anzupassen.“ Anpassung an die Industriegesellschaft hieß zweierlei: einerseits Arbeitskräfte und Agrargüter bereitstellen, andererseits in die technische Aufrüstung der Betriebe investieren. Die agrarpolitische Leitlinie bildete die Kombination aus Markt- und Preispolitik, die den Agrarsektor schützte, und Strukturpolitik, die das Produktivitäts- und Produktionswachstum antrieb.

Dieser Anpassungskurs zeigte bald Widersprüche. Die „Preisschere“ zwischen Agrar- und Industriegütern drängte die bäuerlichen Betriebe zum Wachsen, zu weiterer Intensivierung, Spezialisierung und Aufstockung, oder zum Weichen, zu Verpachtung und Verkauf. Zwischen diesen Extremen erschlossen die flexiblen Familienbetriebe eine alternative Überlebensstrategie: die Kombination inner- und außerbetrieblicher Einkommen im Nebenerwerb. Die Landwirtschaftskammer, zunächst ganz am „Wachsen oder Weichen“ orientiert,

förderte unter der SPÖ-Regierung seit den 1970er Jahren auch das Weitermachen als Nebenerwerbsbetrieb. Dazu kam seit den 1980er Jahren angesichts wachsender Agrarüberschüsse und Umweltschäden die Förderung biologischer Landwirtschaft. Die „ökosoziale Agrarpolitik“ des ÖVP-Bauernbundes versprach, die sozialen und ökologischen Probleme der industrialisierten Landwirtschaft zu lösen. Gleichwohl schritt seit Österreichs EU-Beitritt 1995 der produktivistische „Strukturwandel“, wenn auch sozial- und umweltpolitisch abgefedert, weiter voran.

Der historische Rückblick ergibt ein zwiespältiges Bild: Einerseits suchte die gesetzliche Interessenvertretung das Überleben der (mittel-)bäuerlichen Landwirtschaft in der Industriegesellschaft abzusichern. Andererseits vertrat sie auch Interessen des bürokratischen Interventionsstaates und der vor- und nachgelagerten Industrien. Sie war weder reine Agrarlobby, noch reines Lenkungsinstrument, sondern beides zugleich: Schlüsselinstitution der Integration der Landwirtschaft in die Industriegesellschaft.

*Ernst Langthaler
Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
an der Uni Linz*

DER STILLE WANDEL VOM SELBSTHILFE-FÖRDERER ZUM SELBSTHILFE-VERHINDERER

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Wilhelm Raiffeisen

VON FRANZ ROHRMOSER

Als Konfliktforscher kenne ich das Phänomen des stillen Wandels einer Organisation, die zur Hilfe gegründet wurde, aber sich mit der Zeit vom Helfer zum Gegenteil entwickelt. Die Raiffeisenorganisation hat sich in ihrer gut 100-jährigen Geschichte – aus meiner Sicht und aus der Sicht vieler – vom Helfer zum „Ausnutzer“ seiner bäuerlichen Mitglieder verändert.

Ich versuche nun zu analysieren: Wie könnte dieser Wandel gelaufen sein? Ich denke nicht, dass der Wandel direkt geplant war. Das was passiert ist, ist auf der Basis von Wechselwirkungen zwischen Obrigkeit und Untertanen entstanden.¹ Der Ablauf lässt sich in folgende 5 Phasen gliedern:

Phase 1 um 1900: Geschichte und Ausgangslage

Josef Krammer hat sich im Buch „Im Kampf um ihre Rechte“ auch mit der Raiffeisengründung beschäftigt. Demnach gab es ab 1890 bis 1910 eine sehr starke Gründungsphase von Raiffeisen-Genossenschaften.² Die 1893 gegründete Christlichsoziale Partei war in der ländlichen Bevölkerung stark verankert. Diese Partei hat keine Bildung und keine Aufklärung zur Überwindung des Untertanentums gemacht. Der geistige Vordenker der Christlichsozialen war Karl von Vogelsang. Dieser forcierte einerseits die Fortsetzung der Untertänigkeit. Das bedeutete der Wissenschaftlerin Inge Zelinka zufolge damals: „Es ist Gottes Wille, dass der Herrscher Herrscher und der Untertan Untertan ist.“ Andererseits forderte Vogelsang – im Widerspruch dazu – den Gedanken der Hilfe zu Selbsthilfe durch Genossenschaftsgründung. Also bereits die Gründung von Genossenschaften um 1900 fand in einem Widerspruch statt. Das drückt die da-

malige Denkweise der christlichen Soziallehre aus, die sagte: „Bitte nicht den Status des Untertanen durch Aufruf zum Widerstand ändern“, sondern man darf ihnen nur wirtschaftlich oder/und mit Almosen helfen. Nur keine Revolution. Man fürchtete sich sehr vor der emanzipativen Aufklärung der Arbeiterbewegung mit ihrer Arbeiterzeitung. Deshalb war das politische Motiv der Gründungswelle der Genossenschaften die Abwehr der linken Bewegung am Land. Das soziale Motiv war der Schutz vor der ungezügelter Wirtschaft. Diese Verlängerung des politischen Untertanentums hat eine aktive Mitentscheidung der Genossenschaftsmitglieder in den Genossenschaften sicher sehr geschwächt.

Phase 2 bis 1930: Die Gründung mit Vorschieben der Größeren

Anfangs war die Organisation noch einfach und gut überschaubar, man kannte sich untereinander und die gegenseitige Hilfe wirkte sich tatsächlich im Einzelnen positiv aus: etwa bei Krediten, bei Warenbeschaffung, bei Verarbeitung und Vermarktung. Der gemeinsam erwirtschaftete Kooperationserlös kam dabei weitgehend noch den Mitgliedern zugute. Aber bei der Besetzung der Funktionen von Geschäftsführung und Vorsitz neigte man fast immer dazu, jene nach vorne zu schieben, die besser auftreten, reden und schreiben konnten. Das waren in der Regel die Großbauern. So kam nach dem Festhalten am Untertanentum in der Phase 1 ein zweites Ungleichgewicht in die Solidargemeinschaften: die Bevorzugung der Größeren. Das wird in der Regel wieder zum Nachteil einer Solidargemeinschaft, denn Große neigen in der Regel dazu, sich selber Vorteile zu verschaffen.

Phase 3 1930 – 1970: Aufbau von Geschäftseinrichtungen

Engelbert Dollfuß hat 1929 als Direktor der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer – laut Schwarzbuch Raiffeisen – die Idee der „Dreieinigkeit“ von Raiffeisen, Bauernbund und Landwirtschaftskammern erfunden, die bis heute so funktioniert. Im Nationalsozialismus wurde die Eigenständigkeit der Genossenschaften ausgeschaltet. Dann folgte die Hungerbekämpfung von 1945 bis 1950. Ab 1950 spricht man von einem riesigen Aufschwung. Das erforderte Organisationsstrukturen, Geschäftseinrichtungen und Fachpersonal, die viel Geld kosteten. Dies wurde immer mehr aus dem Kooperationserlös der Solidargemeinschaften finanziert. Die Geschäftsführungen neigen strukturell dazu, aus der Selbsthilfegemeinschaft eine eigenständige Firma zu machen. Die Begründung der Geschäftsleitungen bei den Mitgliedern lautet, dass man einen starken Betrieb aufbauen muss. (Dies kommt zugleich auch ihrer persönlichen Karriere sehr zugute). So verbraucht man inzwischen den gesamten Kooperationserlös für Kosten dieser Einrichtungen. Hier beginnt bereits schleichend das ursprüngliche Ideal der Solidargemeinschaft zu kippen. Die Mitglieder der Solidargemeinschaft verlieren den Einfluss auf den gemeinsam erwirtschafteten Kooperationserlös. Sie meiden die Konfliktaustragung mit ihrer Geschäftsführung. Dort geben die Größeren nun den Ton an. Sie unterstützen aber auch wegen persönlicher Aufstiegschancen zum Teil selbst diese Ausbau-Linie.

Phase 4 1970 – 1990: Die Eigenmächtigkeit der Führung

Die Raiffeisenorganisation wird zu einem Riesen mit einer zunehmend eigenmächtigen Führungsspitze, die nun ohne Verbindung zu den Solidargemeinschaften alleine nach den Gesetzen von Konzernen entscheidet. Um das formal-demokratisch abzusichern, nimmt zum Beispiel eine große Molkerei einige Bauern/Bäuerinnen als Mitglieder in den Vorstand/Aufsichtsrat auf. Ausgestattet mit einer

¹ Der beschriebene Verlauf hat in Bezug auf die zeitliche Zuordnung und die beschriebenen Abläufe keinen Anspruch auf Richtigkeit. Aber, dass der Wandel stattfand und irgendwie so äh-

lich tatsächlich passierte, sehe ich als Tatsache.

² 1907 gab es im heutigen Österreich bereits 2.086 Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und 1910 1.500 Raiffeisenkassen.

finanziellen Entschädigung dafür steigen diese in die mittlere Führungsebene auf und koppeln sich so von normalen Mitgliedern ab. Normale Mitglieder müssen mit ihrem Grundbuch für den ganzen Betrieb haften, sie haben aber den Einfluss auf die Geschäfte verloren. Die Kooperationserlöse gehen bereits selbstverständlich an die Zentrale und nicht zu den Mitgliedern und damit bauen sie den Konzernapparat aus. Spätestens hier kippt die Hilfsorganisation in das Gegenteil ihrer Ideale: Die eigenmächtig gewordene Führung beginnt ihre Mitglieder zu benutzen und vor den Karren zu spannen. Die normalen Mitglieder werden zu Kunden und zu Dienern der Firmen gemacht, die Größeren steigen auf. Die Richtlinien werden nun auf der oberen Ebene erstellt und von oben nach unten kommuniziert. Das Innenleben der Solidargemeinschaft ist erloschen, es ist nur mehr zum äußeren Schein da.

Phase 5 ab 1990: Die Vereinnahmung der Wertschöpfungsbereiche

Wir befinden uns nun in den 1990er-Jahren. Raiffeisen ist eine Riesen-Organisation, der später halb Österreich gehört. Der machthungsrige Raiffeisenkonzern betreibt die Sicherung seiner Verdienstquellen immer strategischer. Nach dem Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ gibt es nun eine Arbeitsteilung: Die Konzernleitung vereinnahmt die gewinnbringenden Teile in der Wertschöpfungskette, die Mitglieder der Genossenschaft erhalten die verlustreichen Teile, insbesondere den undankbaren Status des Rohproduzenten. Dazu sagt Ernst Halbmayr: „Sie sind das letzte Glied in der Wertschöpfungskette und kriegen was übrigbleibt“. Private Kleinmolkereien werden zur Einstellung gedrängt. Die Führung wacht nun im ganzen Land über die Wertschöpfung und bekämpft bäuerliche Versuche, die in die Wertschöpfung vordringen wollen. Der Konzern hat sich zudem Einfluss auf die Agrarpolitik gesichert und beeinflusst vor allem die Landwirtschaftskammern und deren Beratungs- und Bildungsprogramme in Rich-

tung Werbung für Raiffeisenprodukte. Raiffeisen sitzt in der PRÄKO (Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs) und bestimmt dort die Politikrichtung mit. Die Bauern/Bäuerinnen sollen Rohstoffe für ihre Betriebe abliefern, ihre Betriebsmittel dort einkaufen, aber nur ja nicht zu viel selber in die Wertschöpfungsbereiche vordringen. Sie werden jetzt benutzt. Vor allem für Biobetriebe wurde das eine unzulässige Selbsthilfe-Verhinderung. Aus dem ursprünglichem Selbsthilfe-Förderer Raiffeisen ist vom bäuerlichen Standpunkt aus gesehen nun ein großer Selbsthilfe-Verhinderer und Ausbeuter geworden.

Doppelgesicht: Außenbild und Innenbild

Dieses Bild des Selbsthilfe-Verhinderers und Ausbeuters ist nach außen nicht mehr herzeigbar. Stattdessen wollen sie nach Außen immer noch das Bild des Helfers zeigen. Vor allem im Jahr des 200. Geburtstages von Raiffeisen. Im Außenbild wird die ursprüngliche Solidaritätsidee der Hilfe zur Selbsthilfe fein dargestellt. Auch das Giebelkreuz symbolisiert den Giebel eines schützenden Daches für die Mitglieder der Solidargemeinschaft. Dies führt in eine Spaltung: Ein Außenbild steht einem ganz anderen Innenbild gegenüber. Dieses Doppelgesicht bringt große Verwirrung bei allen Beteiligten. Man tut anders als man sagt. Das vorgezeigte Bild nach außen muss den Bruch mit der Raiffeisenidee und die Benutzung der Bauern und Bäuerinnen zu decken. Denn: Wie viele der Raiffeisen-Führungskräfte glauben selber tatsächlich noch, dass ihr Raiffeisenkonzern heute noch im Sinne des Gründers tätig ist? Einige? Viele?

Reflexion über die stille Veränderung

Der ganze Vorgang zeigt sehr deutlich eine Wechselwirkung: Zwischen eigenmächtigem Vorgehen von Geschäftsführungen der Genossenschaften und der passiven, obrigkeitshörigen Haltung von Untertanen. Die Scheuheit vor Konfliktaustragung eines Großteils



der Mitglieder verstärkt dies. Die Bauern und Bäuerinnen gingen um 1900 geschwächt in ihre Genossenschaften. Mit ihrem gewohnten Fleiß bei der Arbeit bringen sie sich mit ihren Solidargemeinschaften wirtschaftlich trotzdem ein gutes Stück voran. Aber bei der Mitbestimmung bestehen bis heute große Probleme: Die gewählten größeren Bauern in den Funktionen ihrer Genossenschaften und die eingübte Untertänigkeit und der nicht gelernte Kampf um die eigenen Rechte wirken sich negativ aus. Sie verlieren ihre Mitbestimmung über die Genossenschaftsgewinne sowie ihre Rechte bezüglich der Wertschöpfung. Der ursprüngliche Selbsthilfe-Förderer Raiffeisen wurde zum Selbsthilfe-Verhinderer und zum Ausbeuter.

Franz Rohrmoser

1943 im Salzburger Großarlal geboren. Seine Themen sind Entwicklungs- und Ernährungspolitik, die er durch Konfliktforschung vertieft.

Dieser Beitrag wurde von der Redaktion gekürzt und stammt aus der kürzlich erschienenen

Autobiografie von Franz Rohrmoser:
„Mein Einsatz für bäuerliche Zukunft. Die Revolution für eine demokratische Ernährungspolitik hat begonnen.“

2018, Selbstverlag
Das Buch kann bei der
ÖBV unter
office@viacampesina.at
bestellt werden
15 Euro + Versandkosten



ÖBV-Info I

BÄUERINNENTAG AN DER BOKU

**„Frauen bewegen Land(wirt)schaft“
Di, 6. März 2018, 14.30 – 18.00**

Festsaal der Universität für Bodenkultur,
Gregor Mendelstraße 33, 1180 Wien
Studierende präsentieren ihre Forschungsarbeiten zu Winzerinnen, Wildpflanzen-sammlerinnen, Quereinsteigerinnen, Direktvermarktung und familiärer Zusammenarbeit. Es referieren und diskutieren:

- Marion Aigner-Filz (Biobäuerin in NÖ, Arche Noah)
- Hildegard Burgstaller (Imkerin in Wien, Verein Landschaftshonig)
- Katharina Schinwald, B.SC. (Bioschafbäuerin in NÖ, Milchmäderl)

Anschließend Vernetzung bei Brot und Wein. Alle interessierten Männer und Frauen sind willkommen. Veranstaltet von Studierenden der Lehrveranstaltung „Frauen in der bäuerlichen Garten- und Landwirtschaft“ in Kooperation mit der ÖBV u.a.

SOLIDARISCH WIRTSCHAFTEN

**Lehrgang in 4 Modulen, Wien – Friesach – Bozen – Wien
26./27. April, 5./6. Juli, 27./28. Sept, 15./16. Nov 2018 (jeweils Do/Fr)**

Der Lehrgang richtet sich an Personen und Gruppen, die alternativ wirtschaften möchten. Er bietet Anregungen und Werkzeuge für den Aufbau und die Veränderung von solidarökonomischen Betrieben und Initiativen. Viele spannende Praktiker*innen geben Impulse und beraten.

Der Lehrgang startet am 26. April 2018. Kosten: 960 Euro exklusive Unterkunft und Verpflegung, Ermäßigung auf Anfrage möglich

Anmeldung bis 20. März:

konstanze.pichler@ksoe.at,
01 3105159-72, www.ksoe.at

Veranstaltet von der Katholischen Sozialakademie (KSO) in Kooperation mit der ÖBV u.a.

FILMDISKUSSION „SYSTEM MILCH“

Do, 22. März 2018, 19:30

Gasthaus Ozlberger, Kichplatz 2,
4084 St. Agatha

Wir diskutieren mit Dr. Thomas Grupp (Bayern Genetik) und Hildegard Bachler (ÖBV-Milchgruppe)

100 KÜHE, 10.000 LITER – IST DAS DIE ZUKUNFT?

Fr, 23. März 2018, 09:00 – 16:00 Uhr

Gasthaus Ozlberger, Kirchplatz 2,
4084 St. Agatha
Seminar mit Dr. Thomas Grupp und der ÖBV-Milchgruppe
Anmeldung unter
office@viacampesina.at

THEATER: „FELDFORSCHUNG – PROTOKOLL EINER MAGEREN AUSBEUTE“

22. März 2018

Theaterkosmos in Bregenz (Vbg)
Ein Theaterstück zum Erntehelfer*innen-Streik 2013 in Tirol. Das Stück thematisiert die Arbeitsbedingungen von Erntehelfer*innen und Saisonarbeiter*innen in der österreichischen Landwirtschaft und deren Kampf um ihre Rechte.

„KLEINE HÖFE: ÜBERLEBENS-GRUNDLAGE, WERBEGAG, WERTANLAGE ODER WAS?“

**Ein Wochenende mit Hofbesuchen, Workshops, Film, Information, Diskussion u.v.m.
Einladung zur ÖBV-Vollversammlung
Fr, 6. April – So, 8. April**

Landwirtschaftliche Landeslehranstalt Rotholz, 6200 Rotholz 46 – bei Jenbach

Hofbesuche

**Fr, 6. April, Nachmittag und
Sa, 7. April Vormittag**

„Den Wert unserer Höfe für ein gutes Leben entdecken“

**Workshop mit Siegfried Jäckle
Sa, 7. April 2018, 11:00 – 17:00**

Rotholz in Tirol (bei Jenbach)
Bei diesem Workshop begeben wir uns auf eine Entdeckungsreise, warum es die (klein)bäuerlichen Höfe trotz des agrarpolitischen Trends zum Strukturwandel immer noch gibt. Dabei wollen wir uns die Werte unserer (klein)bäuerlichen Höfe bewusst machen, die vom ökonomischen Mainstream übersehen werden. Wir wollen den

Blick schärfen, wie Markt und Politik das Leben auf unseren Höfen bestimmen. Ausgehend von der aktuellen Situation der Teilnehmer*innen wollen wir diese Triebkräfte des Strukturwandels hinterfragen und Visionen für ein gutes Leben in der ungewissen Zukunft auf unseren Höfen entwickeln. Um unsere Höfe zum Ort eines guten Lebens zu machen, ohne den Druck des Wachsens und Weichens. Die Ergebnisse dieses Workshops sind auch Grundlage unserer weiteren politischen Arbeit.

Zum Workshopleiter: Siegfried Jäckle lebt auf einem Bergbauernhof im Schwarzwald, war 37 Jahre Landwirtschaftsberater, Forum Pro Schwarzwaldbauern. Unermüdetes Interesse an philosophischen Ansätzen für ein gutes Leben am Bauernhof.

Für wen: Willkommen sind Bäuerinnen und Bauern und Menschen, die zukünftig in der Landwirtschaft tätig werden wollen.

**Film „System Milch“ & Diskussion
Sa, 7. April, 19:30**

„Die beeindruckende Doku zeigt die Machenschaften der globalen Milchindustrie und ihre Folgen“ (utopia.de).

**Gesprächsrunden zu aktuellen Themen der bäuerlichen Landwirtschaft
So, 8. April, 9:00 – 11:30**

Derzeit angedacht:

- Solidarische Landwirtschaft
- Milchproduktion aus und für die Region
- Bäuerliche Rechte
- Von der „GAP“ zur Demokratischen Lebensmittelpolitik

Bitte anmelden (Hofbesuche, Workshop, Übernachtung u. Verpflegung) bis
Fr, 23. März. Kosten: 34–49 Euro.

Das Bildungsprogramm wird gefördert von der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung.

ÖBV-VOLLVERSAMMLUNG

So, 8. April, 12:30 – 16:00

Lw. Landeslehranstalt Rotholz
Unter anderem wird wieder ein Vorstand gewählt!

**ÖBV-Info II Seite 25
ÖBV-Info III Seite 28**

DER LANDBOTE

Neue Serie: Kalendergeschichten des bäuerlichen Widerstands VON ERASMUS SCHÖFER

Revolution „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ überschrieben werden.

Unter äußerster Geheimhaltung organisierten die Verschwörer die Herstellung der Schrift bei einem mitverschworenen Drucker in Darmstadt. Mehrere von ihnen transportierten dann auf getrennten Wegen die staatsgefährdende Konterbande in die Giessener Gegend. Trotz aller Vorsicht wurde dabei einer von ihnen gefasst, weil unter den Eingeweihten ein Bube war, der den großherzoglichen Häschern das Unternehmen gegen einen Judaslohn verraten hatte.

So gelangten nur wenige Exemplare der Schriften zu den gewünschten Empfängern, weil die Freunde einer nach dem andern verhaftet und von der willfährigen Justiz ins Zuchthaus geworfen wurden. Georg B. konnte fliehen und ging, da er steckbrieflich gesucht wurde, ins französische Exil nach Straßburg, wo er in kurzer Zeit drei später berühmte Dramen schrieb, in denen er seine Erfahrungen als Vermächtnis an seine Landsleute niederlegte.

Er starb, eben 23 Jahre alt, an der damals unheilbaren Krankheit Typhus.

*Erasmus Schöfer, (2016): Kalendergeschichten des
rheinischen Widerstandsforschers.
Berlin. Verbrecher Verlag S. 67ff*

Nach: Georg Büchner: Der Hessische Landbote – diese kurze Schrift ist heute noch zu finden, etwa im Internet unter:
<http://gutenberg.spiegel.de/buch/der-hessische-landbote-416/1>

Wir danken dem Autor und dem Verbrecher Verlag für die freundliche Druckgenehmigung.

Einleitung der Redaktion

An dieser Stelle sollen in Zukunft Geschichten zum bäuerlichen Widerstand erzählt werden. Weltbewegende, aber auch nicht so erfolgreiche, historische und aktuelle. Kurze Geschichten, die erinnert werden sollen. Die erste Geschichte stammt von Erasmus Schöfer, der die Idee zu den Kalendergeschichten des Widerstands hatte. Wir sind so frei und übernehmen diese Idee. Widerstandsgeschichten laufen immer wieder Gefahr, dem Vergessen anheim zu fallen. Manche haben aber auch eine erstaunliche Beharrlichkeit erwiesen. Sie bewegen und ermutigen bis heute viele Menschen. Sie regen zum Nachdenken an. Sie erinnern. Die folgende Geschichte handelt nicht von einem Bauern oder einer Bäuerin. Doch hatte sie eine große Wirkung unter Bauern und Bäuerinnen. Schöfer (= der rheinische Widerstandsforscher) schreibt zu den Kalendergeschichten: „Kalenderschreiber haben Miniaturen aus dem Volksleben aufgezeichnet, um ihren Mitmenschen Spiegel anzubieten, in denen sie sich mit ihren Fehlern und Lastern, Freuden und Leiden unterhaltsam selbst erkennen und zu Toleranz, aber auch Missbilligung von Ungerechtigkeiten bewegen lassen sollten. Die Kalendergeschichten des rheinischen Widerstandsforschers handeln von Individuen, selten kleinen Menschengruppen, die aufgestanden sind, um Ungerechtigkeiten und Zerstörungen zu verhindern. Oft auch, um Gefahren abzuwehren, symbolisch oder praktisch-aktiv. (...) Kalendergeschichten nenne ich sie deshalb, weil sie nicht wie eine Erzählung kontinuierlich zu lesen sind, sondern wie ein Vademecum die Leserinnen und Leser ganz beiläufig durch ihren Alltag begleiten möchten, um dann und wann als Stärkungsmittel gegen Mutlosigkeit, gegen Müdigkeit und Resignation zu Kopf und Herz genommen zu werden.“ *ff*

Georg B. war Student der Medizin und Philosophie in Gießen zu einer Zeit, als diese hessische Stadt eben siebentausend Einwohner zählte und die noch junge Universität fünfhundert Studenten. Es gab in Darmstadt einen Großherzog, Tausende Beamte und sogar eine Geheimpolizei. Und es gab Zehntausende von verarmten Kleinbauern und Tagelöhnern. Sie schufteten auf den Feldern von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang und hungerten trotzdem, nicht wegen schlechter Ernten, sondern weil die Steuern und Abgaben für den Fürsten sie ausquetschten.

Für den eben zwanzigjährigen Bürgersohn war dieses Elend, das durch die Ungerechtigkeit der Verteilung erzeugter Werte verursacht wurde, eine solche Herausforderung seines Mitgefühls, dass er, statt mit den Studenten zu saufen, mit einigen wenigen Geistesbrüdern sich verschwor, einen Aufstand, eine Revolution wie in Frankreich zu entfesseln, um die Fürstenherrschaft zu stürzen und die geknechteten Menschen aus der Unterdrückung zu befreien.

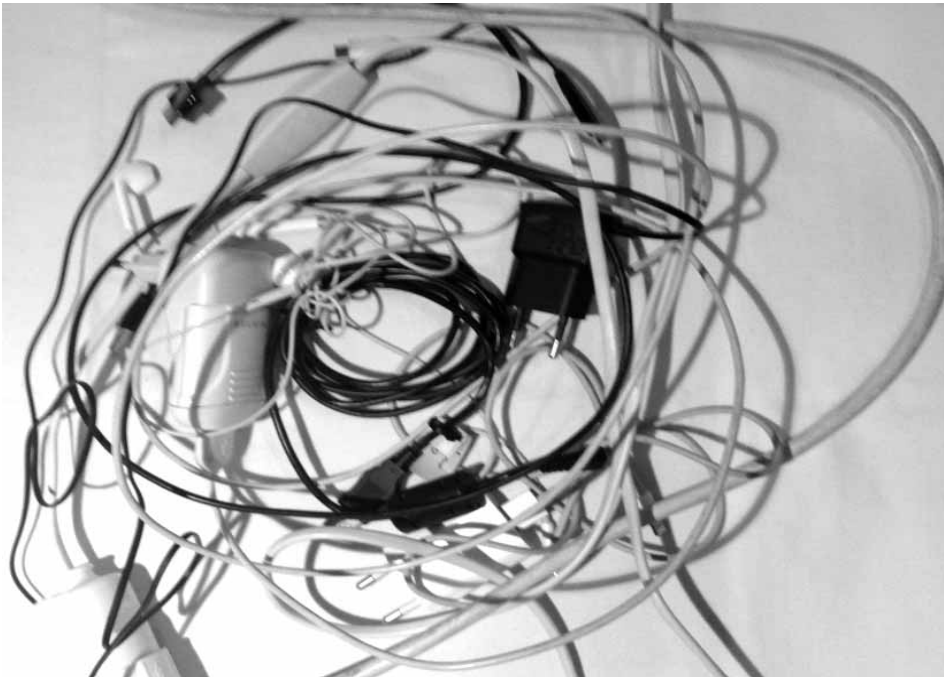
Das war deshalb keine spinnerte Idee, weil in diesen Jahren der Gedanke an Widerstand gegen die fürstlichen Schurken in vielen Köpfen rumorte und immer wieder Aufstände nicht nur in Hessen geschehen waren, die allerdings durch das Militär niedergeschlagen wurden. Deshalb warb der junge Georg bei seinen Freunden für seine Absicht, nicht nur aufgeklärte Bürgersöhne zur Gegenwehr herauszufordern, sondern die Bauern, Handwerker und Tagelöhner als die am stärksten Unterdrückten.

Zu solchem Zweck sollte eine Flugschrift entworfen und unter diesen verbreitet werden, in der die Schuld der autoritären Alleinherrscher an der allgemeinen Verelendung genau und jedem einsichtig so dargelegt wurde, dass dadurch ein Aufstand der Massen ausgelöst würde. Er hatte auch selbst in diesem Sinn einen Text entworfen, mit dem er seine Freunde überzeugte. Der sollte durch den unverfänglichen Titel „Der hessische Landbote“ getarnt und dann aber mit der Parole der französischen

DIGITALISIERUNG: WEGE ZU EINER MENSCHENFREUNDLICHEN TECHNIK?

Die Technisierung aller Lebensbereiche schreitet scheinbar unaufhaltsam voran. Wir können uns – noch – ganz gut aussuchen, wie weit wir unseren Alltag von Technik durchdringen lassen. Allerdings zeigt sich, dass immer mehr Technik in den Alltag der Menschen Einzug hält. Was möglich ist wird auch gemacht, so scheint es.

VON MARTIN MAYR



Kabelsalat, Foto: Eva Schimmerl

Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Technisierung oder Digitalisierung sprechen? Und was bedeutet das in der Landwirtschaft? Die Bandbreite reicht hier von Drohnen mit verschiedensten Funktionen bis zu vollautomatischen computergesteuerten Traktoren, von Melkrobotern und computergesteuerter Fütterung oder Bodensensoren bis zum automatischen Unkrautvernichter. Auch der stetig fortschreitende Ausbau von Breitband-Internet-Zugängen am Land darf nicht vergessen werden, da damit heute sehr oft die Grundlage für die Digitalisierung gelegt wird.

Die Frage ist allerdings, ob all dies tatsächlich unser Leben erleichtert und unsere Handlungsmöglichkeiten erweitert. Und damit ist auch eng die Frage verbun-

den, welche Politik die Einführung neuer Technik steuert.

Was ist menschenfreundliche Technik?

Technik ist aus unserem Leben nicht mehr weg zu denken. Doch welche Technik ist es, die unser Leben tatsächlich verbessert, verschönert oder angenehmer macht? Welche Technik ermächtigt uns dabei, anstatt unsere Handlungsspielräume einzuschränken? Ivan Illich hat in seinem 1973 erschienen Buch „Tools for Conviviality“ (Deutsch „Selbstbegrenzung – eine politi-

sche Kritik der Technik“) beschrieben, wie so eine Technik aussehen kann. Er prägt für eine solche Technik den Begriff der „konvivialen Technik“¹. Gleich in der Einleitung fasst er seine Idee in einem Satz zusammen: „Eine Gesellschaft, in der sich Individuen und nicht Manager moderner Technologien bedienen, werde ich „konvivial“ nennen.“ Ist diese Forderung 2018 erfüllt? Bedeutet die Durchdringung aller Lebensbereiche mit Technik, dass wir uns allgegenwärtig ihrer bedienen können? Tatsächlich ist es eher so, dass heute besagte Manager mit Hilfe von Technik die ökonomische Verwertung aller Lebensbereiche vorantreiben. Diese Technik hat Ivan Illich nicht gemeint. Konviviale Technik, oder Werkzeuge, unterliegen keinerlei künstlicher Restriktionen, und schränken bei Verwendung niemals die Freiheit anderer ein. Insbesondere wird niemals die Möglichkeit eingeschränkt, herauszufinden wie eine Technik oder ein Werkzeug im Detail funktioniert, z. B. um sie zu verbessern oder es zu reparieren.

Gerade das steht allerdings oft im Widerspruch zu den Interessen der transnationalen Konzerne, die maßgeblich Technik entwickeln, produzieren und an uns verkaufen. Mit einschränkenden Techniken und Werkzeugen können Menschen viel einfacher zu Kund*innen gemacht werden, denn sie sollen möglichst vom offiziellen Unterstützungsangebot dieser Konzerne abhängig sein. Das geht sogar soweit, dass das Privateigentum für Kund*innen abgeschafft wird wenn Werkzeuge nicht mehr gekauft sondern nur noch gemietet werden können und so immer im Eigentum der Konzerne bleiben.

¹ „Con-vivial“ ist ein zweigliedriges Wort. Er besteht aus der Vorsilbe „con“, die dem lateinischen „cum“ entspringt und „zusammen mit“ heißt, sowie „vivial“, das vom lateinischen Verb „vivere“ = „leben“ kommt. Eine spannende Auseinandersetzung mit diesem Begriff findet sich bei Marianne Gronemeyer unter <http://band2.dieweltdercommons.de/essays/konvivialtaet.html>

Umgang und Bewertung von Technik

Wie aber nun mit Technik umgehen? Es hilft danach zu fragen, ob eine bestimmte Technik „konvivial“ ist, ob sie die eigenen Möglichkeiten erweitert, anstatt sie einzuschränken. Andrea Vetter hat aufbauend auf den Ideen von Ivan Illich einige Kriterien ausgearbeitet, um Techniken auf ihre Konvivialität hin zu bewerten. Dabei wird jede Technik aus fünf Perspektiven betrachtet:

Verbundenheit

Hinterfragen wir, wie eine Technik menschliche Beziehungen beeinflusst. Etwa, ob eine Technik durch ihre offen einsehbare Dokumentation gemeinsames Lernen ermöglicht oder verhindert. Fragen wir, ob die Lizenz, unter der eine Technik veröffentlicht wird, es uns erlaubt, diese weiter zu entwickeln und diese Verbesserungen zu veröffentlichen, oder nicht.

Zugang

Wer kann Technik wie nutzen? Welche Voraussetzungen sind notwendig, um eine Technik zu nutzen? Oft ist Technik auch ein männliches Wissensgebiet. Stellen wir gemeinsam sicher, dass wirklich alle Menschen Zugang zu Techniken haben, die für sie nützlich sind.

Anpassungsfähigkeit

Ein wichtiger Aspekt ist, in welchem Maßstab Technik verwendet werden kann und wie flexibel sie dabei ist. Kann eine bestimmte Technik im Kleinen, und auch dezentral, angewendet werden, oder sind große Strukturen notwendig? Kann ein Werkzeug dezentral produziert werden, oder ist dies nur im Großen möglich? Auch die Modularität, also wie eine Technik mit anderen Techniken kombinierbar ist, spielt eine Rolle bei der Bewertung von Technik.

Verhältnis zur Umwelt

Jede Technik verursacht Emissionen und verbraucht Ressourcen. Dabei werden nicht nur die Wirkungen während der Anwendung betrachtet, sondern über den gesamten Lebenszyklus. Dabei wird sowohl die Produktion berücksichtigt, wie auch das Ende des Lebenszyklus'. Es wird versucht, ein ganzheitliches Bild über den Ressourcenverbrauch und die Emissionen zu erstellen.

Angemessenheit

Bei der Bewertung von Techniken müssen wir auch berücksichtigen, welcher Aufwand betrieben werden muss, um ein bestimmtes Ergebnis zu erhalten. Dabei spielen auch lokal verfügbare Fähigkeiten oder Materialien eine Rolle. Durch die Frage nach den verfügbaren Gegebenheiten kann diese Bewertung an verschiedenen Orten sehr unterschiedlich aussehen.

Was tun?

Technikpessimismus wird uns nicht weiterbringen. Es geht nicht um die Rückkehr in die Steinzeit. Damit würde jede Einflussmöglichkeit darüber, von wem und wie Technik entwickelt, produziert oder eingesetzt wird, aufgegeben werden, während die Politik, die die Technik bestimmt, von anderen gemacht wird.

Hilfreicher ist es, wenn wir Techniken zum Beispiel mit Hilfe der oben angeführten Kriterien bewerten, um so diese Techniken zu finden, die unsere Handlungsspielräume und Selbstbestimmtheit erweitern. Dabei geht es nicht immer um die komplette Ablehnung einer bestimmten Technik. Aber der Blick durch die Brille der Konvivialität kann neue Aspekte in den Vordergrund rücken und so beim Umgang mit Technik unterstützen.

Um ein Beispiel aus meinem Tätigkeitsbereich anzuführen: Ich versuche, Computer-Technik differenziert zu betrachten.



Blumensalat, Foto: Monika Kleinschuster

Ich nenne das plakativ „digitale Subsistenz“. Dabei geht es darum ein Verständnis für die grundlegenden Voraussetzungen für die Anwendung einer Technik zu gewinnen, und so ein Verständnis über die bloße Anwendung hinaus zu gewinnen. Dafür ist es nicht notwendig, bis zur letzten Zeile alle Codes im Detail zu verstehen. Genauso wenig wie ich die biochemischen Abläufe in Pflanzen bis ins letzte Detail verstehen muss, wenn ich über das Lebensmittelsystem nachdenke. So wird es allen Menschen möglich, Technik zu bewerten und ihre Auswirkungen zu verstehen, und nicht nur Expert*innen. – Und sich so in die Gestaltung von Technik einzumischen.

Diese Perspektive und dieses Wissen ermöglicht uns einen neuen Blick auf Technik: abseits von Marketing-Versprechen und strukturellen Vorgaben. Ein Blick, der uns einerseits ermöglicht, die konvivialen Techniken zu finden und zu entwickeln. Und andererseits geht es darum, die Probleme von einschränkenden Techniken offen zu legen um einen geeigneten Umgang mit ihnen zu finden. – Und so die Kontrolle über unsere Zukunft zu behalten.

Martin Mayr

*Web-Entwickler und IT-Dienstleister
bei www.convive.io/ und engagiert sich
bei AgrarAttac für ein zukunftsfähiges
Lebensmittelsystem*

SOLIDARITÄTSPAKT DER ZIVILGESELLSCHAFT

Einschätzungen und Kommentare zur aktuellen politischen Lage

AUS DER REDAKTION

Viele Menschen beobachten die aktuellen politischen Entwicklungen in Österreich mit Sorge. Es stellt sich die Frage, was zu tun ist. Hier gibt es dringend Diskussionsbedarf. Wir wollen dazu einen kleinen Beitrag leisten. Die ÖBV hat den Solidaritätspakt der Zivilgesellschaft (www.solidaritaetspakt.org) unterzeichnet. Die Erklärung drucken wir an dieser Stelle ab. Die zentrale Frage ist: Was heißt Solidarität? Was bedeutet Solidarität im Alltag? Andererseits haben wir zwei aktive Bäuerinnen (siehe auch Kommentar auf Seite 3) und Klemens Pils von der Kulturplattform OÖ gebeten, einige Gedanken mit uns zu teilen. *ff*



Angesichts bedrohlicher Entwicklungen für die Demokratie in Österreich schließen die unterzeichnenden Organisationen einen Solidaritätspakt für den Schutz und Ausbau von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen, sozialer Sicherheit und Demokratie ab. Wir verpflichten uns gemeinsam – so wie bisher – unsere Stimme zu erheben und uns für den Erhalt und den Ausbau grundlegender Rechte sowie der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches und gewerkschaftliches Handeln und Demokratie einzusetzen. Sollten einzelne Bevölkerungsgruppen oder Organisationen staatlicher Repression ausgesetzt werden, werden wir gemeinsam und solidarisch Beistand leisten und aktiv werden.

Ohne eine lebendige und starke Zivilgesellschaft wäre es um Umweltschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und vieles mehr in Österreich schlecht bestellt. Ohne eine aktive und von Hunderttausenden unterstützte Zivilgesellschaft würden heute in Österreich Atomkraftwerke stehen, schutzsuchende Menschen müssten auf der Straße leben, das Versammlungsrecht wäre massiv eingeschränkt, eine Reihe von Rechten und Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen gäbe es noch immer nicht, es gäbe keine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen, keine innerbetriebliche Demokratie, keinen Antidiskriminierungsschutz. Und ohne die Möglichkeit wirksam und organisiert aktiv zu werden, würden Bürger*in-

nen in vielen Fällen Unrecht, Umweltzerstörung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung machtlos gegenüberstehen.

Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft haben wesentlich dazu beigetragen, Österreich in einem hohen Maß lebenswert zu machen und die hier lebenden Menschen mit Freiheiten, Rechten und der Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens auszustatten. Doch all das steht immer öfter auf dem Spiel: In Teilen Europas breitet sich ein zunehmender Druck auf soziale Bewegungen, auf Freiheiten und soziale und ökologische Errungenschaften aus. Immer öfter setzen Regierungen Maßnahmen, die zivilgesellschaftliches Engagement einschränken. Immer öfter werden aktive Bürger*innen eingeschüchtert und bedroht. Auch in Österreich findet diese Entwicklung statt. In den vergangenen Monaten gab es vielfach Angriffe auf zentrale demokratische Freiheiten, Grundrechte, den Rechtsstaat, Arbeitnehmer*innenrechte und soziale Sicherheit.

Zu diesen Angriffen zählen u. a.:

- Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, offline und online.
- Abbau von rechtsstaatlichen Garantien, Grund- und Menschenrechten sowie Konventionen.
- Einengung der politischen Freiräume durch repressive Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliches Engagement, sei es durch die Verschärfung von Überwachungsmaßnahmen, die Diskreditierung von NGOs oder die Drohung Förderungen zu entziehen.

- Kriminalisierung von politischer Aktivität und legitimen Formen des Protests.
- Angriffe auf die demokratisch legitimierte Interessenvertretungen der Arbeitnehmer*innen und die innerbetriebliche Mitbestimmung.
- Politische Einflussnahme auf die unabhängige Justiz, Angriffe auf und Anzeigen von Richter*innen.
- Der Versuch, bei unliebsamen Gerichtsentscheidungen die Verfassung zu ändern, um andere politisch gewollte Ergebnisse herbeizuführen.
- Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten und Angriffe auf den Sozialstaat.
- Gesellschaftliche Spaltung durch das Schüren von Vorurteilen und das Verunglimpfen von zivilgesellschaftlichem Engagement.

Wir gehen davon aus, dass diese Angriffe auch in Zukunft fortgesetzt werden. In vielen Ländern innerhalb und außerhalb der EU greifen Regierungen zu ähnlichen Maßnahmen, um neoliberale Politik weiter durchzusetzen, die auf immer breiteren Widerstand der Bevölkerung trifft.

In einer funktionierenden Demokratie hat der Staat die Verpflichtung die Grundrechte der gesamten Bevölkerung zu schützen und demokratische Freiräume zu garantieren. Diese Freiräume und eine aktive und starke Zivilgesellschaft sind mehr denn je notwendig, um solidarische und emanzipatorische Antworten auf die gegenwärtigen Krisen zu entwickeln – von der zunehmenden sozialen Ungleichheit über die Umwelt- und Klimakrise und zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen bis hin zur Notwendigkeit der Weiterentwicklung unserer Demokratie. Wir stehen für diese solidarischen und emanzipatorischen Antworten und Alternativen, die wir mit den vielfältigen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements einbringen und vorantreiben.

Nähere Informationen:
www.solidaritaetspakt.org

GELASSEN WACHSAM SEIN

VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER

Ein bisschen Bodenhaftung tut gut. Davon bin ich in allen Lebenslagen überzeugt. Das möchte ich auch angesichts der schwarz-blauen Regierung so halten. Oder wie es unser Bundespräsident formulierte: „Kommst a bissl oba von der täglichen Aufge-regtheit.“

Ich war immer davon überzeugt, dass eine Entwicklung wie in den 1930er Jahren jederzeit wieder möglich sein würde. Und dennoch habe ich nicht erwartet, dass ich diese Stimmung selbst erleben würde. Bei der jüngsten Bundespräsidentenwahl habe ich eine Ahnung davon bekommen und es hat mich schockiert. Plötzlich haben sich Klüfte aufgetan in der Nachbarschaft, im Bekanntenkreis. Eine Freundin hat erzählt, dass sie mit ihrem Mann nicht mehr über Politik reden kann, ohne dass dar-

aus ein Streitgespräch wird. Einfach zu sagen: „Das ist ja alles nicht wahr, was du an Argumenten vorbringst“, hilft da gar nicht weiter.

Meine Antwort auf diffuse Ängste und Sehnsucht nach „Veränderung“ ist meistens, darauf hinzuweisen, dass es uns doch ziemlich gut geht, da wo wir sind und wir uns hüten sollten, das als selbstverständlich und rechtmäßiges Privileg zu sehen. Oder konkret zu fragen, wovor jemand Angst hat. Manchmal ist es möglich, das eigene Konsumverhalten mit Fluchtbewegungen in Zusammenhang zu bringen.

Aber was kann ich darüber hinaus tun? Nimmt die Geschichte einfach ihren Lauf oder sollen wir doch versuchen, uns irgendwie einzumischen?

Wir haben eine demokratisch gewählte Regierung, die soll gefälligst im Sinn unserer Verfassung arbeiten. Sobald sie das nicht tut, werden wir und viele andere auch das aufzeigen.



Foto: privat, Judith Moser-Hofstadler

Es gilt wachsam zu sein, denn jede Demokratie lebt von einer kritischen Opposition.

Darüber hinaus ist es für mich wichtig, Verbündete zu suchen und zu sehen. Nur wenn sichtbar ist, dass nicht nur Einzelne sich Gedanken machen über zunehmend rohe Sprache und Einschränkung der individuellen Freiheit, sondern für alle sichtbar ist, dass es viele von uns gibt, kann eine ganze Gesellschaft entgegensteuern. Das Gefühl „Wir sind viele“ stärkt und gibt Ausdauer, aber das ist für die ÖBV ohnehin eine tägliche Übung.

*Judith Moser-Hofstadler
Biobäuerin in Alberndorf im Mühlviertel*

KULTURLAND RETTEN!

VON KLEMENS PILSL

Seit 2015 wird Oberösterreich von einer schwarz-blauen Koalition regiert, die einen ordentlichen Rechtsruck durchsetzt: Im Sozialbereich, bei den Frauen, den Familien oder bei der Kultur wird brachial gekürzt. Andere Budgetposten hingegen wachsen kräftig an: Sicherheit, Wirtschaft, touristische Investitionen. Die ideologischen Grundpfeiler der Kürzer sind schnell abgesteckt: Spargelheit, schlanker Staat, Bekämpfung des „Förderwesens“ und eines pluralistisch-liberalen Politikverständnisses.

Ende 2017 kampagnisierten wir drei Monate lang unter dem Label „Rettet das Kulturland OÖ“ gegen die schwarz-blaue Kürzungspolitik im Allgemeinen und gegen die Kultur-Kürzungen im Speziellen. Wir halten Kulturpolitik für ein wichtiges gesellschaftspolitisches Werkzeug und die Förderung von zeitgenössischen Kunst- & Kulturinitiativen für eine zentrale Aufgabe:

Sie garantieren speziell in „schwachen“ Regionen und Quartieren kulturelle Nahversorgung sowie Diskurs und wirken gegen Landflucht, Vereinzelung und Leerstandsruinen.

Oberstes Ziel unserer Kampagne war es, den unartikulierten Unmut über die schwarz-blaue Politik zu bündeln und ihm Raum zu geben. Das gelang durch kluges Marketing und Fokussierung auf eine breite Zielgruppe erfolgreich: regionale, bundesweite und internationale Medien berichteten breit, die sozialen Medien griffen den Ball in Windeseile auf, Promis solidarisierten sich öffentlich, Demonstrant*innen brachten das Thema auf die Straße, 17.000 Menschen unterschrieben für einen Kürzungsstopp. Zum ersten Mal seit dem Antritt der schwarz-blauen Landesregierung im Jahr 2015 artikulierte die Zivilgesellschaft gemeinsam ein unüberhörbares „Nein“ gegen den überraschend heftigen Rechtsruck; zum ersten Mal gab es öffentlich breiten Gegenwind für Schwarz-Blau.

Nun gilt es, dieses widerständige Potential auch ins Jahr 2018 zu tragen. Ein gelungenes Beispiel ist die Initiative #frauenlandretten, welche seit Jahresbeginn die gezielte Ausschaltung feministischer Frauenberatungsstellen durch Schwarz-Blau an die Öffentlichkeit bringt. Mögen viele solcher Initiativen folgen!

*Klemens Pils
Kulturmanager, Soziologe, Schreiber.
Weites Praxisfeld in der Organisation und
Produktion von Kulturprojekten und politischer
Kulturarbeit*

*Seit 2012
Mitarbeiter der
Kulturplattform
Oberösterreich
kupf.at*



Foto: privat, Klemens Pils

MUTTERKUHHALTUNG IN ÖSTERREICH NICHT ERWÜNSCHT?

Obwohl die Mutterkuhhaltung großen Nutzen bringt, lieben die österreichischen Agrarpolitiker*innen die Prämienzahlungen dafür auslaufen.

VON CHRISTINE PICHLER-BRIX

Foto: Christine Pichler-Brix



Ein Großteil der Höfe, auf denen in Österreich Mutterkuhhaltung betrieben wird, arbeitet so, wie es ökologisch sinnvoll ist: Die Tiere werden artgerecht gehalten, es wird wenig Kraftfutter gegeben, die Wiederkäuer verwandeln Gras in wertvolle Nahrung und halten die Landschaft offen, die Almen werden von unzähligen Mutterkühen und Jungrindern bestoßen, die Flora und Fauna hat durch viele ökologische und vielfältige Grünlandflächen gerade auch in intensiven Regionen Rückzugsräume ...

Trotz des großen gesellschaftlichen Nutzens hat die österreichische Agrarpolitik schon 2012 entschieden, die Mutterkuhprämie zu streichen und hat so einen massiven Rückgang an Mutterkuhbetrieben in Kauf genommen. Mäster klagen über einen Mangel an Jungtieren, Almbetreiber wissen nicht mehr, wo sie genü-

gend Vieh hernehmen sollen. Es ist höchste Zeit, die Weichen neu zu stellen!

In vielen anderen europäischen Ländern gibt es nach wie vor eine gekoppelte Mutterkuhprämie.

Besonders gut gefällt mir das französische Modell, bei dem die Prämie nach Anzahl der Tiere gestaffelt ist. Für die ersten 50 Mutterkühe ist die Prämie höher, als für die weiteren.

Ein ähnliches System (z. B. für die ersten 20 Kühe mehr Geld) ließe sich auch bei uns machen – wenn es der politische Wille ist.

Am 7. Oktober 2017 fordert der oberösterreichische Agrarlandesrat Hiegelsberger in den OÖ-Nachrichten eine Wiedereinführung der Mutterkuhprämie. Am darauffolgenden Landestag der Mutterkuhhaltung am 19. 1. 2018 in Linz verliert er in seinem Vortrag kein Wort darüber. Hat er

seine Ankündigungen vor der Nationalratswahl da schon wieder vergessen? Er spricht dort über die Bedeutung der Investitionsförderung und dass jeder das bauen können soll, was er will. Dass aus der Mutterkuhhaltung keine nennenswerten Erträge herauszuwirtschaften sind und Investitionen eigentlich nicht finanzierbar sind, scheint ihm fremd zu sein. Eine junge mülhviertler Bäuerin fragte ihn: „Ich möchte ein Selbstfanggitter einbauen. Aber mein Mann sagt, das sei nicht drin bei den geringen Einnahmen. Was sagen Sie dazu?“ Hiegelsberger meinte daraufhin, dass bei uns zu viele „Luxusställe“ gebaut würden und es ja jedermanns eigene Entscheidung sei, wenn man außenlandwirtschaftlich verdientes Geld in einen neuen „Fendt“ investiere statt in ein Motorboot.

Da ist es kein Wunder, wenn sich Mutterkuhhalter*innen nicht ernst genommen fühlen. Auch die von uns und vielen anderen Organisationen geforderte stressfreie Schlachtung, die sich Hiegelsberger auf seine Fahnen geheftet hat, erwähnte er mit keinem Wort.

Die Rückzahlungen wegen Doppelförderung der Weide- bzw. Mutterkuhprämie sind ein weiteres Kapitel eines zermürbenden Förder(un)wesens.

Es wird Zeit, dass jene, denen diese natürliche Haltungsform bei Rindern (Schafen) und der Fortbestand von möglichst vielen Höfen am Herzen liegt, das einfordern, was dieser Betriebsform zu steht: Mehr öffentliches Geld für die vielfältigen öffentlichen Leistungen, die sie erbringt!

Unsere Ministerin hat hier eine wundervolle Gelegenheit, bäuerlich wirtschaftende, kleinstrukturierte Höfe zu fördern, wie sie es in ihrer Presseaussendung vom 13. Februar 2018 verspricht.

Christine Pichler-Brix, Mutterkuhhalterin in Steinbach am Attersee und Obfrau der ÖBV

MUTTERKUHHALTUNG – GRÜNLANDBASIERT UND KLEINSTRUKTURIERT

Betrachtet man die Zahlen, die in den Tabellen vom Grünen Bericht veröffentlicht werden, sieht man, dass sowohl die Zahl der Mutterkuhalter*innen als auch der Mutterkühe bereits seit geraumer Zeit sinken. Es fällt aber ein deutlicher Einschnitt auf: Vom Jahr 2014 auf 2015 gab es über 4.500 Betriebe weniger. Grund dafür ist die ersatzlose Abschaffung der Mutterkuhprämie, die es in Österreich seit Ende der 1970er gab.

Der Wegfall der Mutterkuhprämie wurde im Jahr 2012 entschieden und betrifft die GAP-Periode 2015 bis 2020. In dieser Periode sollten explizit Maßnahmen unter dem Titel „Ökologisierung“ getroffen werden, die unter anderem darauf abzielen, Biodiversität und Dauergrünland zu erhalten, wozu Mutterkuhbetriebe in besonders hohem Maße beitragen: Mutterkühe werden überwiegend im Berggebiet oder im benachteiligten Gebiet gehalten und viele der Tiere werden im Sommer gealpt. Der Anteil an Biotieren ist in der Mutterkuhhaltung besonders hoch. Grünfütter bildet die wichtigste Futtergrundlage für diese Produktionsform, so wird hochwertiges Rindfleisch mit wenig Kraftfuttermitteln produziert.

Betroffen sind vor allem kleinere Betriebe: 2016 hielt ein Mutterkuhbetrieb im Durchschnitt 7,3 Kühe. Über 90% der Mutterkuhalter*innen hielten 2016 weni-

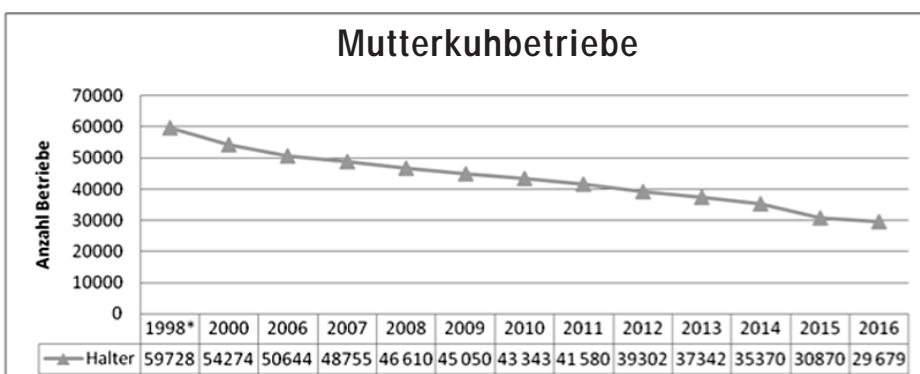
ger als 20 Kühe. In ganz Österreich gab es nur 108 Mutterkuhbetriebe, die mehr als 50 Kühe hielten. Der Anteil an Betrieben, die von Frauen alleine geführt werden, ist in der Mutterkuhhaltung höher als in anderen angeführten Sparten. Allerdings ist auch hier ein Rückgang zu verzeichnen: 2015 waren es noch 9.167 Betriebe (31%), 2016 nur mehr 8.601 (30%).



Foto: Käthe Knittler

ger als 20 Kühe. In ganz Österreich gab es nur 108 Mutterkuhbetriebe, die mehr als 50 Kühe hielten. Der Anteil an Betrieben, die von Frauen alleine geführt werden, ist in der Mutterkuhhaltung höher als in anderen angeführten Sparten. Allerdings ist auch hier ein Rückgang zu verzeichnen: 2015 waren es noch 9.167 Betriebe (31%), 2016 nur mehr 8.601 (30%).

Gekoppelte Prämien in der Mutterkuhhaltung sind in der EU keine Seltenheit: Unsere Nachbarländer Tschechien und Ungarn haben so eine Maßnahme ebenso wie Frankreich und zahlreiche andere Staaten. Um dem negativen Trend zurückgehender Betriebszahlen Einhalt zu gebieten, gibt es nur eine Maßnahme: Die österreichischen Mutterkuhbetriebe müssen wieder ordentlich unterstützt werden.



Entwicklung der Mutterkuhbetriebe

Quelle: Tabellen Grünen Bericht

*Anna Koiner
auf einem Nebenerwerbsbetrieb mit
Milch- und Mutterkühen in der
Obersteiermark aufgewachsen, ist
Mitarbeiterin von Fleischrinder
Austria, dem Dachverband der
österreichischen
Fleischrinderzuchtbetriebe*

SERVUS, WIR SIND DIE JUNGE ABL!

Ein Brief der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (jAbL), Deutschland, an die ÖBV.

VON DORO STERZ



Foto: Doro Sterz

Auf dem internationalen Treffen der Via Campesina 2017 haben wir von der jungen AbL euch von der ÖBV getroffen. Uns ist aufgefallen, dass sich – im Vergleich zu den über 70 anderen vertretenen Ländern – Deutschland und Österreich doch viel näher sind als gedacht. Und so begann ein kleiner Austausch über die beiden Organisationen ÖBV und AbL: Ob wir nicht auch zusammenarbeiten könnten, wenn wir uns doch schon so nah sind.

Und tatsächlich, wir waren fasziniert von diesem aktiven Frauenarbeitskreis in Österreich, wohingegen euer Interesse von unserer Jugendorganisation, der jungen AbL, geweckt wurde.

Ganz nach dem Leitspruch der internationalen Jugendkonferenz der Via Campesina: „Bäuerliche Jugend sät Gegenwart, um Zukunft zu ernten.“

möchten wir uns hiermit vorstellen, um den Austausch und die Zusammenarbeit mit der ÖBV fortzuführen.

Das Zitat zeigt: Die Jugend ist nicht nur ein zukünftiger Akteur, sondern wir gestalten auch aktiv die Gegenwart. Die bäuerliche Jugend trägt Verantwortung für den Fortbestand von bäuerlichen Lebensweisen, Wissensformen und nicht zuletzt von Betrieben. Darum ist es so wichtig, dass wir uns mit agrarpolitischen Themen auseinandersetzen.

Wir sind junge Bäuer*innen, Imker*innen und Gärtner*innen und arbeiten in der jungen AbL zu genau diesen Themen. Wir treffen uns zweimal im Jahr, um gemeinsam an Workshops oder Vorträgen teilzunehmen, in denen es um Saatgutpatentierung, Gentechnik, Arbeitsrechte von Auszubildenden uvm. geht.

Wir haben uns 2009 als eine Untergruppe der AbL gegründet und haben jetzt den Status einer Landesgruppe, mit zwei Vertreter*innen im Beirat der AbL. Wir verzichten in unserer Organisation auf Hierarchien, das bedeutet, es gibt keine Person die mehr Entscheidungskraft hat als eine andere. Stattdessen steigt mit dem Engagement die Verantwortung, die man trägt. Einmal im Monat gibt es eine Telefonkonferenz, um die Organisation am laufen zu halten. Wir organisieren uns mit dem Ziel, die politische Bildung und die politische Teilhabe zu fördern. Wir sind der Meinung, dass die industrielle Landwirtschaft keine selbstbestimmte, faire Zukunft für alle zulässt. Für dieses Ziel ist eine regional angepasste Wirtschaftsweise notwendig, welche auf angemessenen Preisen und dem respektvollen Umgang mit Mensch, Pflanze, Tier und Umwelt beruht. Darum wollen wir mitbestimmen, wenn es um politische Entscheidungen geht und wir wollen Bewusstsein für bäuerliche Interessen in der Bevölkerung schaffen.

Konkret heißt das, dass wir Demos, Vortragsreihen und Aktionen rund um die Themen Ernährungssouveränität und bäuerliche Landwirtschaft organisieren.

Und natürlich gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, den internationalen Kontakt zu anderen Jungbäuer*innen zu pflegen. Also, wenn ihr noch Fragen oder Lust auf ein Treffen habt, dann meldet euch gerne über unsere Internetseite:

<http://junge-abl.de>

Doro Sterz

Studentin der Umweltwissenschaften und Mitglied der jAbL

WELCOME TO SERBIA!

Reisebericht vom „zentraleuropäischen Bäuerinnentreffen“, das im Oktober 2017 in Vrmdza, Serbien stattfand.

VON FRANZISKA SCHROLMBERGER

In Wien stieg ich in den Bus um am nächsten Morgen zeitig in Belgrad anzukommen. Die zähen Grenzkontrollen zwischen Ungarn und Serbien in den frühen Morgenstunden führten mir deutlich vor Augen, dass ich gerade dabei war, die EU zu verlassen. Ich reiste in ein Land ein, von dem ich sehr wenig weiß.

Zum Glück wurde ich am Belgrader Busbahnhof bald von Kaca, Katarina und Ilija abgeholt. Von da an war für mich gut gesorgt. Das Treffen fand in Vrmdza, einem Dorf im Osten des Landes, statt. Das ist schon recht nahe an der bulgarischen Grenze. Schon im Namen steckt das Wort „Vrm“, das auf die vielen klaren Wasserquellen an diesem Ort hindeutet. Es liegt malerisch am Fuße des mystischen, pyramidenförmigen Berges Rtanj.

Landflucht andersrum

Während die Landflucht in ganz Serbien rasant fortschreitet, finde ich hier einen Gegentrend: Leute aus Belgrad und der ganzen Welt lassen sich hier nieder, mittlerweile machen sie etwa 20 Haushalte aus. Ilija aus Belgrad, der uns chauffiert hat, betreibt die erste biologisch zertifizierte Landwirtschaft im Ort. Milos, der mich und drei weitere Teilnehmerinnen bei sich einquartiert, ist mit seiner Partnerin hergezogen. Sie bieten neben Yoga- und Qi Gong-Retreats (das sind intensive Erholungsaufenthalte) auch viele Möglichkeiten an, mehr über naturnahes Leben zu lernen.

Dragana und Igor waren unsere Gastgeber*innen. Sie stellten ihren „Rural Hub“ (wörtlich übersetzt bedeutet das soviel wie „ländliche Drehscheibe“) für unsere Veranstaltung bereit: Im unteren Stock leben sie mit ihrer Familie, oben befindet sich ein Seminarraum für Veranstaltungen wie die unsere. Ihr Haus versteht sich als Treffpunkt und Vernetzungsplattform für Gäste und Dorfbewohner*innen. Verschiedene Leute aus dem Dorf kochten für

uns: Meist traditionelle Küche, aber vegetarisch.

Einsichten aus dem Bäuerinnentreffen

Wir waren zwölf Frauen, die meisten aus Serbien, aber auch aus Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Italien und dann noch ich aus Österreich. Wir erlebten drei intensive Tage mit reichlichem Input aus den Workshops. Die wichtigsten Themen waren WWOOF (das internationale Netzwerk für freiwillige Helfer*innen auf biologischen Höfen), passende Vermarktungsstrategien sowie ökonomische Planung für kleine Biobetriebe und natürlich der Austausch über unsere unterschiedlichen Projekte. Ich stellte die internationale Bewegung La Via Campesina vor und berichtete auch über den Frauenarbeitskreis der ÖBV. Beides stieß auf reges Interesse.

Durch den Vortrag von Jelena Cubrilo Vranac wurde mir klar, wie sehr die „Bibewegung“ in Serbien noch in den Kinderschuhen steckt: Weniger als 1% der Landwirtschaft ist zertifiziert biologisch. Die Bevölkerung verbindet mit „Bio“ meistens nur „nicht spritzen“. Auch gibt es kaum eine Mittelschicht, die teure Bioprodukte kauft. Allgemein wissen viele Bauern und Bäuerinnen nicht, wie man Subventionen beantragen kann und deren Höhe schwankt von Jahr zu Jahr. Speziell für Biobetriebe gibt es nur eine Förderung für die Zertifizierungskosten. Diese Umstände bringen mich auf allgemeinere Fragen: Soll man sich als Biobäuerin denn nur an Konsument*innen mit überdurchschnittlichem Einkommen wenden? Und: in welchen



Foto: Franziska Schrolmberger

Fällen ist eine Zertifizierung für meinen Betrieb denn überhaupt wichtig?

Ich konnte einige Pionierinnen kennenlernen: Zum Beispiel Jasmina, die ihr Biogemüse höchst erfolgreich über Facebook vermarktet und demnächst den größten biologischen Obstgarten von Herzegowina anlegen will. Und Kristina, die den ersten Gemeinschaftsgarten in Montenegro gegründet hat und dort trotz starken Gegenwinds für einen Wandel auf allen Ebenen kämpft.

Was bleibt?

Vielleicht wird es als Folge dieses Vernetzungstreffens bald mehr WWOOF- und La Via Campesina-Länderorganisationen am Balkan geben! Ich konnte jedenfalls einen Haufen Motivation für meine eigenen Projekte mitnehmen und erstmals in diesen aufregenden Teil Europas hineinschnuppern!

Mein Dank an die Organisatorinnen vom Verein AMA Center für die tolle Veranstaltung!

*Franziska Schrolmberger
Kleinbäuerin in spe*

DAS SCHWARZE LOCH IN DER VOJVODINA!

Der etwas andere Reisebericht von der ÖBV-Exkursion, die vom 28. April bis 2. Mai 2017 nach Kroatien und Serbien führte.

VON AUGUST STEYRL



Foto: August Steyrl

Durch das südlich der Save gelegene Tal kamen wir über Belgrad und Novi Sad mitten in die Vojvodina. Der Kontrast war gewaltig. Südlich der Save „Weißerdeboden“: noch nie gehört. In der Vojvodina tiefe, schwarze Erde. Der Weißerdeboden ist ausgetrockneter und ausgebleichter Lössboden – heiße Sommer, wenig Niederschlag. Durch menschliches Zutun wird dieser Boden besser und fruchtbarer. Bei der schwarzen Erde ist es genau umgekehrt. Durch unsachgemäße Behandlung kann diese Erde nur schlechter werden. Schwarzer Boden steht an der obersten Stelle in der Bodenbewertung. Wenn die Niederschläge auch noch dazu passen, dann ist das ein wahrhaft paradiesischer Zustand. Das drückt sich natürlich auch in den Bodenpreisen aus. Weißerdeböden sind um 1.500 Euro pro Hektar zu haben, Schwarzerdeböden nicht unter 20.000 Euro pro Hektar. Diese Böden erreichen bei der Bodenbewertung die Höchstmarke von 100 Punkten. (Auch wenn das nicht heißt, dass dieser Boden auch für alle Kulturpflanzen der beste Standort ist.) Im Vergleich dazu erreichen die Urgesteinsböden am Hochplateau des südlichen Böhmerwalds zwischen 10 und 30 Punkte: Da

ist noch viel Luft nach oben. Es ist schon verständlich, wenn angesichts so unterschiedlicher Produktionsbedingungen ein Mühlviertler Bauer schnell zu rasonieren beginnt.

Auf den Grund gehen

Wir standen also auf einem Bio-Gemüsebaubetrieb: Ein Neueinsteiger, auch das gibt es in Serbien. Eine acht Hektar große, langgezogene Schwarzerde-Parzelle. So ergab es sich dann auch, dass der Hannes aus dem Mühlviertel es nicht bei der Besichtigung der oberirdischen Pflanzenteile belassen wollte. Er sonderte sich von der Gruppe ab, suchte sich eine Schaufel und begann zu graben: „Wo beginnt die rote Erde, wo sind die Steine?“ Im Mühlviertel wird nach dem ersten Schaufelstich die rote Erde sichtbar, nach dem zweiten kommt der Granitfelsen zum Vorschein. Aber in der Vojvodina – Hannes steht nun schon bis zur Hüfte im schwarzen Ackerboden – keine rote Erde, kein Stein. Er schaufelte weiter, eine Steigerungsstufe von schwarz gibt es nicht. Es wird aber immer dunkler da unten, es kann also nur der mangelnde Lichteinfall sein. Seine Liebste, die Lisa, übt inzwischen schon das Abschiedslied für die serbischen Bauersleute. Was sollen wir singen? „Wenn alle Brunnlein fließen“ – passt gar nicht für die Vojvodina, wo das Wasser aus fünfzig Meter tiefen Bohrlöchern gepumpt wird. Oberflächlich fließt da gar nichts! Also einigte man sich auf „Muass i denn zum Städtele hinaus“. – Passt zwar auch nicht ganz, denn ein Bauernhof ist doch keine Stadt! Aber es entsprach viel mehr den jungen Bauersleuten, die

vor ein paar Jahren aus der großen Stadt weggezogen sind.

Gerecht und ungerecht

Der Ruf zum Aufbruch ertönte. Aber wo ist der Hannes? Am Rande des schwarzen Lochs saß er und ließ seine Füße in der Dunkelheit der vojvodinischen Schwarzerde baumeln – verschwitzt und grübelnd über diese Ungerechtigkeit. Der liebe Gott hätte doch bei der Erschaffung der Welt die Ackerböden in gleicher Bonität gestalten können. Der Herrgott hätte doch schon damals wissen müssen, dass die Brüssler Agrarbürokraten einen Ausgleich zwischen Mühlviertler Urgesteinsboden und Schwarzerdeboden der Vojvodina niemals zustande bringen werden. Es stellt sich aber die Frage: Was ist schwieriger? Einen Schwarzerdeboden so zu bewirtschaften, dass er nicht schlechter wird oder einen Urgesteinsboden so zu bewirtschaften, dass er besser wird? Vielleicht hat der Schöpfergeist in diese Richtung gedacht: Eine Herausforderung für beide Seiten also.

Die Reisegruppe sammelte sich um den Hannes und sein Schwarzerdeloch. Es schien fast so, als ob er in zwei Löchern festsaß. Nicht nur in der schwarzen Erde, sondern auch in einem psychischen Loch. So entstand die Idee, kleine Münzen in die Grube zu werfen. Vielleicht bringen sie Glück, wie es ja bei den römischen Brunnen tatsächlich der Fall sein soll. Zum Schluss wurde auch noch die Schaufel herumgereicht, sodass der Haufen schwarzer Erde dorthin verschwand, wo er ursprünglich war. Und so endete unsere Reise in einer durchaus lustigen, aber auch nachdenklichen Weise um dieses schwarze Loch in der Vojvodina. Unter welchem Stichwort wird diese Exkursion wohl bei den Teilnehmer*innen in Erinnerung bleiben? Als das „schwarze Loch in der Vojvodina“ oder „als Hannes grub und Lisa sang“.

*August Steyrl
ehemaliger Funktionär aus der Steinzeit der ÖBV,
pensionierter Biobauer aus dem oberen Mühlviertel*



ÖBV-Info II

BÄUERINNENKABARETT „DIE MISTSTÜCKE“

Do, 8. März 2018, 20:00

k&k Kultur & Kommunikationszentrum,

St. Johann/Rosental 33

Karten: kuk@slo.at,

0463 514300-13

Veranstaltet von k&k, ARGE Region Kultur und ÖBV

Fr, 9. März 2018, 19:00

Gemeindesaal, Hauptstraße 124,

9201 Krumpendorf

Eintritt: Freie Spende

Veranstaltet von Bio Austria

Kärnten und Partner*innen

Sa, 24. März 2018

Steiermarkhof in Graz

bei der Bio Ernte Steiermark

Vollversammlung

BÄUERINNENVERNETZUNG IN KÄRNTEN

Fr, 9. März 2018, vormittags (2-3
Stunden)

Ort in Planung: zwischen Rosental
und Krumpendorf

Was beschäftigt uns als Frauen in
der Landwirtschaft? Wie können wir
eigenständig- und querdenkenden
Frauen uns besser vernetzen? Wie
können wir lustvoll gemeinsam aktiv
werden? Annemarie Pühringer-
Rainer und Maria Vogt von den
„Miststücken“, die auch seit langem
im ÖBV-Frauenarbeitskreis aktiv
sind, bieten an, gemeinsam mit
interessierten Bäuerinnen Ideen zu
spinnen. Bitte um Voranmeldung:
veranstaltung@viacampesina.at,
01 8929400

ÖBV-Info III Seite 28



Monsanto-Tribunal: Konzerne unter Anklage

Es ist einer der wichtigsten Konflikte unserer Zeit:
Dass Konzerne endlich Verantwortung für das
übernehmen, was sie anrichten. Und dass sie ent-
machtet werden. Monsanto ist weltberühmt. Un-
zählige Fälle haben dazu beigetragen. Allein: Re-
chenschaft mussten sie selten ablegen. Ihre weiße
Weste glänzt besonders. Um Ungerechtigkeiten
und Straflosigkeit sichtbar zu machen, um Druck
aufzubauen und dies zu verändern wurde 2016 ein
Monsanto-Tribunal der Zivilgesellschaft organi-
siert. Dieses Büchlein des Europäischen BürgerIn-
nenforums (EBF) dokumentiert das internationale
Monsanto-Tribunal, das 2016 in Den Haag abge-
halten wurde.

Das Tribunal war der Anlass, einerseits konkre-
te Fälle zu dokumentieren, Zeug*innenaussagen
einzuholen und mit unabhängigen Richter*innen
Verfahren auf Grundlage des Völkerrechts einzu-
leiten. Es ist eine zunehmend wichtige Strategie,
auf diese Weise das Recht zu verändern. Das Tri-
bunal hat zu weltweiter Vernetzung ebenso beige-
tragen, wie es Material für weitere Gerichtsverfah-
ren geschaffen hat. Dieses Buch ermöglicht wich-
tige und sehr wissenswerte Einblicke in die dunkle
Welt von Monsanto, aber auch in die ermutigende
und vielfältige Welt des globalen Widerstands ge-
gen Monsanto und eröffnet zentrale Fragen: Wie
können wir das Recht verändern? Was können wir
daraus für andere Fälle und Konzerne lernen? Wie
wird es mit diesen Fragen weitergehen, wenn
Monsanto mit Bayer fusioniert? (ff)

Nähere Infos unter:
<http://de.monsantotribunal.org/>

Europäisches BürgerInnen Forum
(2016): Ökozid. Konzerne unter
Anklage. Internationales Monsanto
Tribunal, Den Haag, 2017.
Zu beziehen: at@forumcivique.org
per Post unter: EBF, Lobnik 16,
9135 Bad Eisenkappel/Zelezna Kapla.
119 Seiten, 12,00 Euro (Solidaritäts-
preis 40 Euro)



Anleitung zur Volksverführung: Populismus für Anfänger

Da ist ein sehr gut lesbares und kluges Buch
zu einer brennenden Frage veröffentlicht wor-
den! In Form einer fiktiven Anleitung wird
Schritt für Schritt erklärt, wie Rechtspopulisten
ihre autoritären Ideen unter ihr „Volk“ bringen.
Das Grundmuster ist die Spaltung der Gesell-
schaft in das „WIR“ und dort die „ANDEREN“.
Anhand von vielen Beispielen werden Muster
und Strategien sichtbar und die Sprache, die Tak-
tiken und die Bilder können entlarvt werden. Auf
dieser Grundlage lässt sich neu über eigene Ge-
genstrategien nachdenken. Bücher wie diese kön-
nen wir grade gut gebrauchen! (ff)

Walter Ötsch und Nina Horaczek (2017):
Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volks-
verführung. Westend Verlag, Frankfurt/Main.
256 Seiten, 18,00 Euro





EIN FADENSCH EINIGER MANTEL

Februar, bald werden die Gelsen wieder Blut saugen. Wir legen den Wintermantel ab und die AMA-Mantelsaison bricht an – im März beginnen die Bezirksbauernkammern die Mehrfachanträge entgegen zu nehmen. Dazu unterschreiben wir Bäuerinnen und Bauern den Mantelantrag.

VON MONIKA GRUBER



Foto: Eva Schinnerl

Leise summe ich vor mich hin: „Im Märzen der Bauer ...“. Ich lese Bauernfängerei, dazu kommt mir der Mehrfachantrag in den Sinn. Und eine Saatgutbrochure. Womit locken Saatguthersteller die Bauern? Mit dem Bildnis einer attraktiven Frau. Wofür sonst prangt im Sortenmagazin eine Blondine im Maisfeld? Wohlgefällig lächelt sie mir auf Seite fünf entgegen. Sie trägt langes Haar und ein knallrotes Sommerkleid. Es zeigt viel nackte Haut. Die junge Frau präsentiert entblößte Maiskolben mit goldgelben Körnern.

Honiggelb und klebrig. Wer kennt ihn nicht, den Fliegenfänger aus dem Papprollchen, der mit einem Reißnagel an die Decke gepinnt wird! Eine Mischung aus Harz, Fett, Honig und Öl, die sich der Erfinder 1911 unter dem Namen „Aerexon“ patentieren ließ. Das Unternehmen im deutschen Waiblingen rangiert führend am Weltmarkt: 34 Mill. Euro Umsatz 2016. „Ein Fliegenfänger, der weder tropft noch eintrocknet, und den die Fliegen trotzdem mögen.“

Als Bäuerin unterscheide ich Nützlinge und Schädlinge. Nützliche spanne ich für die eigenen Interessen ein, wie die Biene beispielsweise. Schädliche fange ich, um sie zu vernichten. Mit einem Köder locke ich sie an. Ich nehme Speck, um Mäuse zu fangen. Die Ameisen fallen auf das Zeug in der Ameisenköderfalle rein. Sie laufen mit dem Köderfutter zurück in den Stock und ernähren die Brut, die dann eingeht. Mit dem Duft von Weibchen lockt der Mottenstreifen Männchen an, die an der Klebefläche picken bleiben und sterben.

Womit lockt die Regierung Bäuerinnen und Bauern? Mit dem Versprechen eines wärmenden Mantels: Ausgleichszahlungen. Er wird Bäuerinnen und Bauern umgehängt gegen den eisigen Wind, der ihnen vom Weltmarkt entgegen bläst. Der schutzversprechende Mantel lockt sie an. Und das als Bittstellende.

Doch dieser Mantel erweist sich als fadenscheinig. Unser Geldsystem konzentriert sich an der Spitze. Die Kleinen, die

Armen, die südlichen Länder und die Umwelt zahlen drauf: Die herrschende Agrarpolitik hätschelt Großbauern, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzerne. Zugleich setzt sie die kleinbäuerlichen Höfe zunehmend unter Druck. Ihnen wird suggeriert, sie sollen sich anpassen, effizienter wirtschaften, investieren – oder aufgeben.

Dem Mantel fehlen Knöpfe. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich wächst. Das einhüllende Cape der EU fungiert als Deckmantel. Darunter wohnt die gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die die Großbauern und Industriekonzerne anfütert. Bienensterben, Pestizidrückstände, Bodenverlust, Umwelterstörung, industrielle Landwirtschaft, Unwetterschäden, Landraub, Massentierhaltung, Humusabbau, das Schwinden der Artenvielfalt nehmen zu – in rasantem Tempo. Die Agrarelite als Nutznießer des Systems hüllen sich in Schweigen.

Um Löcher zu stopfen im fadenscheinigen Mantel, forciert die Kammer das Weiterbildungspaket: Bäuerinnen und Bauern sollen unternehmerisch denken und handeln. Sie sollen lernen, Produktionsmittel optimal einzusetzen, damit optimale Rohstoffe herauskommen. Mit Projekten, Zertifikatslehrgängen, Qualitätsschulungen und Wissensmanagement soll Mängeln begegnet werden. Die moderne Bäuerin soll eine Power-Bäuerin sein! Als solche wird sie hochgelobt und vorgezeigt. Falls Bäuerin oder Bauer bei dem Ganzen dem Burn-out erliegen, bietet die Sozialversicherungsanstalt Hilfe an. – Das Anpassen an das Massensystem ÖPUL bleibt unhinterfragt.

Sind Sie jemand, der sich neuen Ideen öffnen will? Können wir Sie mit einem Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ locken?

Es ist ganz einfach zu bestellen:
bauerliche.zukunft@chello.at

Fax 01 – 958 40 33

Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
06474-8164
trimmingerhof@aon.at

VORARLBERG

Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel.: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL

Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

OBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 0664-73566685
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel.: 07235-71 277 o. 0664-23 49 137
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
0681-20504948
johann.schauer@viacampesina.at

STIERMARK

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel.: 03579-8037
florian.walter@viacampesina.at

KÄRNTEN

Paul Ertl
Oberdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel.: 0664-3835613
paul.ertl@boku.ac.at
Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel.: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND

David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Werbt Abos ...

... und macht Bauern und Bäuerinnen zu kritischen Denker*innen!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Darüber hinaus ist es für die ÖBV hilfreich, einen möglichst hohen Grad an Eigenmittel zu erreichen, um auch ökonomisch unabhängig zu sein.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weiterzureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.

**Mitgliedschaft und/oder Abonnement**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 38 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-Bäuer*innen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 38.

Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden
 Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
 Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 28 bzw. Euro 32 (Ausland)

Name:

Adresse:

Bauer/Bäuerin aktiv nicht aktiv

Anderer Beruf:

Telefon: e-mail:

Datum: Unterschrift:

- Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabon zum Preis von Euro 28 bzw. Euro 32 (Ausland) für:

Name:

Zustelladresse:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Tel.: 01-89 29 400, office@viacampesina.at, www.viacampesina.at

EINLADUNG ZUR ÖBV-VOLLVERSAMMLUNG

So, 8. April, 12:30 – 16:00

Landwirtschaftliche Landeslehranstalt 6200 Rotholz 46, bei Jenbach (Tirol)

Unter anderem wird dieses Jahr wieder ein neuer Vorstand gewählt!

Für den neuen Vorstand sucht die ÖBV motivierte Bäuerinnen und Bauern, die sich in den kommenden zwei Jahren agrarpolitisch einmischen, die Anliegen der ÖBV vertreten, und Ideen für Aktionen spinnen.

Wer daran interessiert ist, meldet sich bitte im Büro oder beim bisherigen Vorstand.

Kurzer Text zur Bewerbung bitte bis 12. März 2018 an office@viacampesina.at

ÖBV-EXKURSION NACH KÄRNTEN

Sa, 28. April – Mo, 30. April oder Di, 1. Mai 2018

Heuer geht's nach Kärnten, wo es vieles zu entdecken gibt. Wir starten im Rosental und diskutieren mit **Olga und Markus Voglauer** über ihre Idee vom „logischen landwirtschaften“, Heumilch, Direktvermarktung und Heutrocknungstechnik. Weiters können wir uns mit den Bäuer*innen der KIS (Bäuerliche Bildungsgemeinschaft der slowenischen Volksgruppe in Kärnten) vernetzen. Danach geht es nach Waisenberg zu **Familie Nuart**, die seit über 30 Jahren Schafmilchspezialitäten in der bäuerlichen Hofkäserei herstellt und über Direktvermarktung und eine besondere Betriebspartnerschaft vieles zu erzählen weiß. Dort treffen wir auch **Isa Pribernik** aus dem Görttschitztal, die über ihre leidvollen Erfahrungen im **HCB-Skandal** berichten wird. Am nächsten Morgen sind wir am kleinen Selbstversorgerhof von **Eva Schmid** in Ebersdorf auf ein Biofrühstück. Dann geht's nach Eisenkappel/Železna Kapla, wo wir **Heike Schiebeck** am Bergbauernhof der Kooperative „Longo mai“ besuchen. Die Gemeinschaft betreibt Schafhaltung, Forstwirtschaft, Imkerei, Gemüsegarten, politische Arbeit und einiges mehr. Im Museum am **Peršmanhof** tauchen wir in die Geschichte der – großteils bäuerlichen – antifaschistischen Kärntner Partisan*innen ein. Am nächsten Morgen besichtigen wir die Molkerei „Kaslbn“ in Radenthein, die **Michael Kerschbaumer** gemeinsam mit einer Gruppe von innovativen Bäuer*innen vor kurzem gegründet hat. Die Genossenschaft verarbeitet Heumilch von Kühen und Ziegen zu herrlichem Käse, hat mit der Architektur des Gebäudes einen Nerv getroffen und einige Preise eingeholt. Dann geht es weiter nach Spittal zu **Familie Ertl**, die

den Hof gleich an zwei ihrer Kinder übergeben hat, denn ein achtsamer Umgang mit der Natur benötigt wieder mehr pflegende Hände, davon sind sie überzeugt. Hier können wir über die Lebensleistung der Milchkühe, biologischen Gemüse- und Ackerbau sowie vieles mehr diskutieren. Wer danach noch Zeit und Lust hat, kann noch für einen Tag nach Italien mitreisen, wo **Kaspar Nickels** und **Marina Tolazzi** („Tiere Viere“) im kleinen Bergdorf Dordolla in Val Aupa Berglandwirtschaft und Kultur zu erhalten versuchen. Die Exkursion wird vorbereitet und begleitet von der ÖBV-Regionalgruppe Kärnten, deren Mitglieder wir auch besuchen.

Beginn: Sa, 28. April, 13:15, Bahnhof Klagenfurt

Ende für 3-Tages-Variante: Mo, 30. April, 17:30 Bahnhof Spittal/Drau (optional 15:30)

Ende für 4-Tages-Variante: Di, 1. Mai, 17:00 Bahnhof Villach
Die An- und Abreise nach Kärnten bitte selber mit dem Zug organisieren! Wir empfehlen rechtzeitig Sparschiene-Tickets der ÖBB zu buchen! In Kärnten sind wir dann mit einem Bus oder Kleinbussen unterwegs.

Exkursionsgebühr für 3-Tages-Variante (inkl. Bus in Kärnten, Besichtigungen, Übernachtungen, Essen etc.): ca. 250–300 Euro für ÖBV-Mitglieder/ca. 280–330 Euro für Nicht-Mitglieder.

Frühbucherbonus bis 26. März: minus 20 Euro! Genauere Infos auf: www.viacampesina.at unter „Termine“. Bei Bedarf nach Ermäßigung bitte melden!

Wir bitten um Anmeldung bis 26. März (damit bei Bus und Hotels keine Stornogebühren anfallen):

veranstaltung@viacampesina.at, 01 89 29 400

ÖBV-Info I und II Seite 14 und 25

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1

A-1090 Wien

+43/1/89 29 400

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M

